Dtg. 88

Aktion 218 Wie soll es weitergehen	Politische Gefangene in der BRD	Berichte aus den Fachschaften	Opel entläßt Arbeiter aus politischen Gründen	Der Aufbau des Sozialismus in Albanien	Kontaktspiel: Liebe im Dualsystem
Seite 2	Seite 3 u. 6	Seite 4 u. 8	Seite 5	Seite 6	Seite 7 u. 8

Abteilungen-Arbeit organisieren und intensivieren

Diese klare Schwerpunktsetzung der politischen Arbeit für die Zukunft beschloß die Vollversammlung am letzten Dienstag mit deutlicher Mehrheit nach einer nahezu zweistündigen Strategiedebatte über den Kampf gegen die Formierung der Hochschule im Interesse der Wirtschaft. Dabei wurde deutlich, daß die Strategie der „Demokratisierung der Hochschule" keine Lösung ist, sondern nur die Arbeit an Studieninhalten in Studienkollektiven im Hinblick auf die Berufsperspektive dazu beitragen kann, Formierungsbestrebungen aller Art in Zukunft zu verhindern.

Zusammenhang und Hintergrund

Die Maßnahmen, die im Hochschulrahmengesetz vorgesehen sind, also **zentrale Feststellung von Studiengängen und -inhalten, Einführung des 6-Semester-Regelstudiums, verschärfter Leistungsdruck, Institutionalisierung des Numerus Clausus, zwangsweise Studienberatung, Mitwirkungs- und Schweigepflicht für Mitglieder von Gremien, Streikverbot, Auslagerung der Forschung aus der Universität, Spaltung der Hochschullehrer in Forscher und Lehrer, Abbau der Paritäten in den Gremien usw. — kurz: die Formierung der Hochschule —,** sind im Zusammenhang zu sehen mit Maßnahmen der Disziplinierung in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Werden in der **„Konzertierten Aktion"** die Klassenauseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern ihrer bewußtseinsbildenden Potenz beraubt, indem sie in ein Spitzengremium verlegt werden, bedeutet die Illegalisierung **„wilder" Streiks** und jetzt aktuell die **Sperrung von Arbeitslosengeldern** während der Streiks ebenso einen Angriff des Kapitals, also einer Minderheit von Herschenden, auf die unterdrückte Mehrheit.

Da wir also als Studenten und Assistenten dem gleichen Gegner gegenüberstehen wie die Arbeiter, kann der Kampf gegen das HRG **nicht** isoliert an der Universität geführt werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß wir das HRG nicht vom Tisch bekommen, solange die Arbeiterschaft sich noch nicht die Macht erkämpft hat, die sie befähigt, die kapitalistische Produktionsweise zuzuschlagen.

Warum Schwerpunkt Abteilungsarbeit?

Ausgehend davon, daß wir als Studenten die Klassenauseinandersetzungen **von der Universität aus** nicht vorantreiben können, bleibt uns ein **mittelbarer** Einfluß darauf, nämlich über die **Tätigkeit in unserer späteren Berufspraxis,** mit der wir die Arbeiterschaft in den Klassenauseinandersetzungen mit den Unternehmern unterstützen können. D. h. wir müssen uns **einerseits qualifizieren für eine Berufsausübung im Kapitalismus, andererseits mit einem sozialistischen Bewußtsein unsere erlernten Berufe ausüben.** Das hinwiederum bedeutet, daß wir in ständiger Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Wissenschaften im Studium uns bündnisfähig für die Arbeiterschaft machen. Wie die inhaltliche Füllung dieser Strategie aussieht, kann **nur in den speziellen Fächern genau analysiert werden.** Dazu ist es notwendig, dort **Arbeitsgruppen und Studienkollektive einzurichten,** die fachspezifische Konzepte entwickeln. Dies soll am Mittwoch, dem 1. 12., geschehen.

Die Hochschultage

Auf dem Hintergrund dieser Einschätzung hatten AStA und Vorstand der Assistentenschaft den Ablauf der drei Tage (29./30. 11., 1. 12.) so vorgesehen, daß am Montag im **Teach-in** klarwerden sollte, daß die gegenwärtige **Bildungspolitik,** die sich u. a. im HRG niederschlägt, **Arbeitskräfteangebotspolitik im Interesse der Unternehmer** ist. Am **Dienstag** stand dann die **Diskussion um die Strategie an der Ruhr-Universität** auf der Tagesordnung, der **Mittwoch** sollte der **fachspezifischen Diskussion** vorbehalten sein.

Auf dem **Teach-in** am Montag (ca. 800 Teilnehmer) wurden zunächst in drei — von Studenten und Assistenten gemeinsam erarbeiteten — einführenden Diskussionsbeiträgen konkrete Bestimmungen des HRG und dann seine wirtschaftlichen Hintergründe dargelegt. In der darauf folgenden Diskussion zeigte sich, daß sich **Einschätzung und Strategie nicht trennen ließen.** Während der KSV die Sektiererpartei KPD zum großen Bündnispartner der Studenten erklären wollte, proklamierte der Spartakus die **Demokratisierung der Hochschule im Kapitalismus** und hatte teilweise Mühe, sich von der BSU in diesem Punkte abzugrenzen. Selbstkritisch ist anzumerken, daß die Funktion der Informationsvermittlung von diesem Teach-in **nur teilweise** geleistet wurde.

Die **Vollversammlung** am Dienstag (ca. 1100 Teilnehmer) verlief nahezu ohne Polemik, weil die Erfahrung des Vortages gezeigt hatte, daß man damit letztlich den Saal leerredet. In zwei Diskussionsbeiträgen am Anfang leitete Greeven (SHB) **das Konzept der Arbeit in den Abteilungen gegen die Organisation des bürgerlichen Studiums aus der Einschätzung der gesellschaftlichen Situation ab,** während Schlumbohm vom Vorstand der Assistentenschaft für die **Einheitsfront aller linken Kräfte** gegen das HRG, für eine Solidarität gegen Repressionen durch die Ministerialbürokratie (z. B. die „Fälle" Gottschalch, Holzer, Mildenberger, Westphalen etc.) votierte. Während

Fortsetzung auf Seite 2

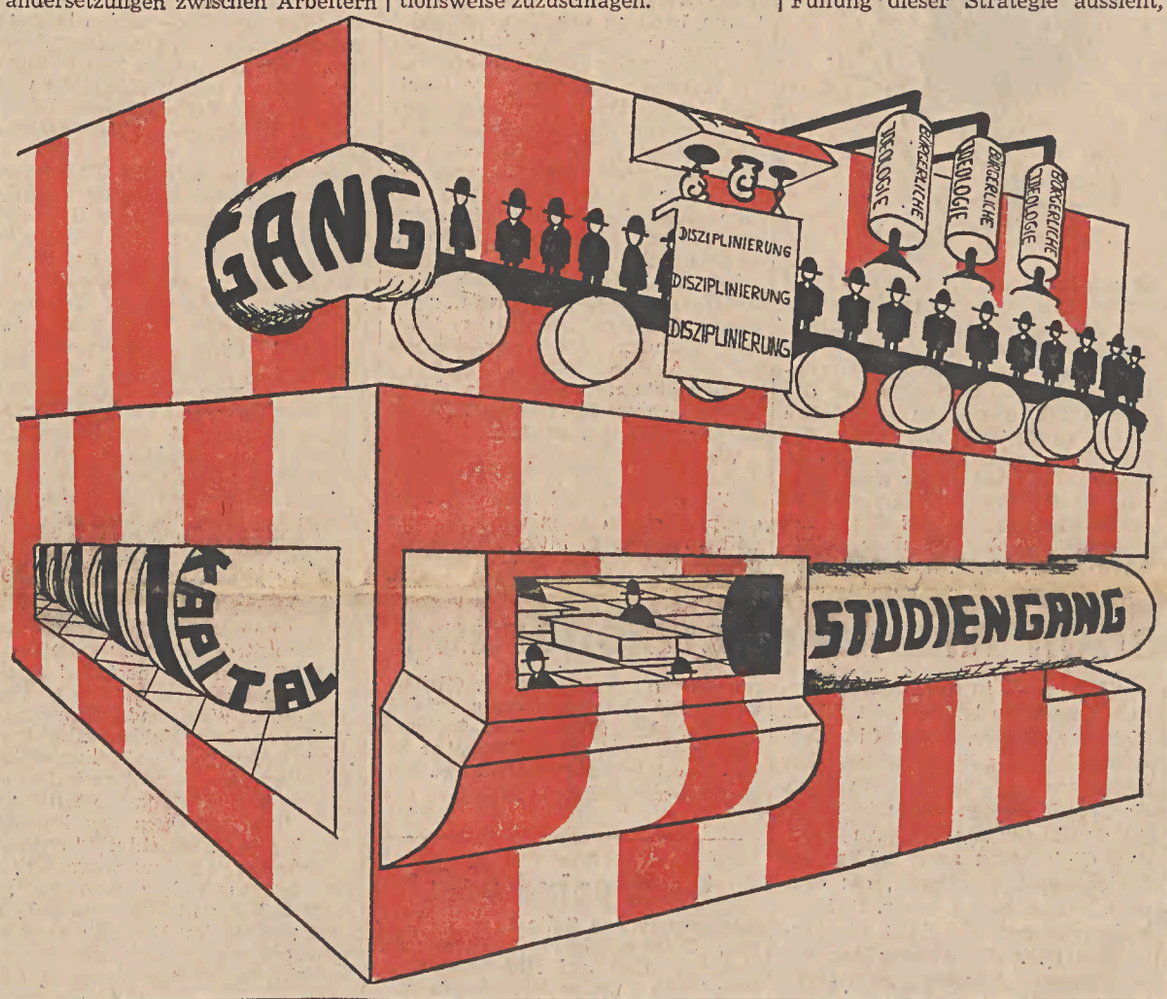
2. 12. 1971

BSZ

10 Pf Nr. 86

bochumer studenten zeitung

universität bochum u. klinikum essen



Das Staatshochbauamt wird besetzt

Der AStA und die Projektgruppe Wohnen haben in einem Brief an Kanzler Seel und Staatshochbauamtsleiter Bierwirth die Universität aufgefordert, Stellung zu nehmen zu der Forderung nach kurzfristigem Ausbau des erst in etlichen Jahren als „Schwesternwohnheims" benötigten Hochhauses in ein Studentenwohnheim.

Wir sind nicht daran interessiert, daß die Planung und der weitere Ausbau der RUB durch den Auszug des Staatshochbauamtes und seiner Vertragsfirmen gefährdet werden, sind aber der Meinung, daß die Universität sowohl die Aufgabe als auch die Möglichkeit hat, entsprechende Räumlichkeiten für das StHBA zur Verfügung zu stellen.

Kanzler Seel hat sich in seiner Stellungnahme — wie zu erwarten — auf eine ausweichende, formalistische Argumentation zurückgezogen, indem er

- auf den zu erwartenden erweiterten Wohnheimbau verwies, den wir zwar begrüßen, der uns aber im Augenblick überhaupt nichts nützt und gar nicht unser Anliegen betrifft und
- seine Nichtzuständigkeit erklärte und uns an den Finanzminister verwies.

Dabei hängt die Entscheidung über das StHBA wesentlich vom guten Willen der Universität bzw. des Kanzlers ab, für Ersatzräumlichkeiten für die Bauleitung zu sorgen.

Der Kanzler hat uns bisher immer wieder versichert, wie sehr er daran interessiert ist, daß endlich etwas gegen die Wohnungsmisere unternommen wird. Seine Unterstützung besteht allerdings bis jetzt lediglich aus verbalen Beteuerungen. **Wir sind nicht mehr bereit, uns auf diese Weise noch länger hinhalten zu lassen und sind deshalb der Meinung, daß es an der Zeit ist, zu anderen Maßnahmen zu greifen,** als nur mit Bittbriefen auf die tauben Ohren des Kanzlers zu stoßen.

Wir fordern deshalb alle Studenten auf, sich mit dem AStA und der Projektgruppe Wohnen zu solidarisieren und uns beim Kampf gegen die Wohnungsmisere zu unterstützen. Wir werden in der nächsten Woche demonstrativ das Staatshochbauamt besetzen, da man hier anscheinend nur durch Druck etwas erreichen kann.

Um wirksamen Druck auszuüben, ist es notwendig, daß sich möglichst viele Studenten an der „Aktion Staatshochbauamt" beteiligen.

KAMPF DER WOHNUNGSMISERE!

(Achtet auf folgende Informationen!)

Zur studentischen Krankenversicherung

Die studentische Krankenversicherung wird z. Z. an fast allen Universitäten der Bundesrepublik heftig diskutiert. Einen deutlichen Akzent in dieser Diskussion hat das Studentenwerk gesetzt, als es jüngst einen Vertrag mit der Hamburg-Münchener Ersatzkasse abgeschlossen hat. Für diesen Vertragsabschluß gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die wir im folgenden erläutern wollen.

Der Vertrag, den das Studentenwerk mit der HaMü-Ersatzkasse abgeschlossen hat, sieht inhaltlich folgendes vor:

a) Das Studentenwerk verlängert für dieses Semester die Frist für die Befreiung von dem DSKV-Krankenversicherungsbeitrag.

b) Die HaMü-Ersatzkasse versichert im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Studenten der Ruhr-Universität Bochum.

c) Für die in der HaMü-Ersatzkasse versicherten Studenten der Ruhr-Universität wird von der HaMü-Ersatzkasse die Einhaltung des Tarifes von 11 DM pro Monat bis zum 30. 9. 1972 garantiert. Dem Studentenwerk werden die besonderen Aufwendungen für das verlängerte Befreiungsverfahren von der HaMü erstattet.

Die Gründe für diesen Vertragsabschluß:

1. Es wäre Werbung in unzulässiger Form für die Hamburg-Münchener Ersatzkasse, wenn wir sagen würden, daß die DSKV bei nicht so guten Leistungen wie die HaMü-Ersatzkasse höhere Beiträge von den Studenten vereinnahmt. Deshalb können wir nur empfehlen, die Leistungsverzeichnisse und die Beiträge der beiden Kassen zu vergleichen.

2. Gesagt werden darf allerdings, daß der Vorstand der DSKV den Studentenwerken, die noch Mitglieder bei der DSKV sind, in einem Brandbrief Informationen über die finanzielle Lage der DSKV mitgeteilt hat, die darauf hinauslaufen, daß eine Beitragserhöhung ab SS 1972 unumgänglich ist. Diese Beitragserhöhung wäre aber weder zumutbar noch auf der Hauptversammlung der DSKV durchsetzbar. Deshalb wurde auf der jüngsten Aufsichtsratssitzung der DSKV, an der der Geschäftsführer des Studentenwerkes Bochum teilgenommen hat, über die Möglichkeiten der Subventionierung der DSKV durch Bund oder Länder diskutiert. Dabei wurde vom Vertreter des Familienministers des Bundes eindeutig festgestellt, daß die DSKV keinerlei Chance hat, bis zum SS 1972 auch nur einen Pfennig an Subventionen vom Bund zu kassieren. Ministerialdirektor Vogtmann konnte für das Wissenschaftsministerium des Landes NRW lediglich mitteilen, daß für die Studentenwerke des Landes NRW evtl. an eine Erstattung der Verwaltungskosten für die Krankenversicherung gedacht ist. Preisfrage: Was kann man sich für so vage Versprechungen der Ministerialbürokratie kaufen? — Gar nichts.

Bedauerlicherweise haben sich die Aufsichtsratsmitglieder der DSKV — der VDS-Vertreter eingeschlossen — an die mehr als vage Hoffnung, doch noch Subventionen einzuholen, geklammert und sich damit (noch nicht einmal elegant) um die Diskussion der Frage gedrückt: Was tun, wenn die Subventionen, wie zu erwarten, nicht bewilligt werden?

3. Aufgrund der besseren Leistung der Ersatzkassen und aufgrund ihrer massiven Werbung im letzten Semester, ist der Trend der Studenten zu den Ersatzkassen hin nicht aufzuhalten. Da sich das Studentenwerk aber nicht nur für die in der DSKV versicherten Studenten zuständig fühlt, sondern auch versucht, für die Ersatzkassenversicherten optimale Bedingungen zu erreichen, haben wir für die in der HaMü Versicherten vertraglich festgelegt, daß ihr 11-DM-Tarif bis 30. 9. 1972 beibehalten wird. Darüber hinaus wird die HaMü in den nächsten Tagen als Ergänzung des bisher vorliegenden Vertrages mitteilen, ob und wenn ja, in welchem Maße nach dem 30. 9. 1972 die Beiträge erhöht werden müssen. Außerdem soll mit dem Bochumer AStA eine Regelung über die studentische Mitwirkung in der HaMü erfolgen.

Fortsetzung auf Seite 2

STUDIO „AUS DER SCHATZTRUHE"

Donnerstags 15.30 - 18.00 - 20.30

2. 12. Audrey Hepburn, Cary Grant in CHARADE Regie: Stanley Donen

9. 12. THOMAS CROWN IST NICHT ZU FASSEN Regie: Norman Jewison mit St. McQueen, Faye Dunaway

CAPITOL „ACTION AUSLESE"

Donnerstags 15.15 - 17.45 - 20.15

2. 12. ZWEI GLORREICHE HALUNKEN mit Clint Eastwood Lee v. Cleef / Regie: Sergio Leone

9. 12. Regie: Sergio Sollima Tomas Milian in LAUF UM DEIN LEBEN

Mein Name ist Hase

Faillard und das 14. K.

In der vorletzten BSZ und in einer Anfrage des UP-Hauptausschusses waren dem Rektor unangenehme Fragen gestellt worden: Arbeiten Universitätsstellen mit der Politischen Polizei zusammen? — Werden von den Universitätsstellen Adressen von Studenten an das 14. K. weitergegeben? — Gibt es in der Uni Kontaktpersonen zum 14. K.? — Nehmen Vogl und Steuermann im Auftrag der Universität an studentischen Demonstrationen teil? — Ist Herr Steuermann offizieller Vertreter der Uni für das 14. K.? — Warum werden studentische Verkehrsunfälle auf dem Unigelände vom 14. Kommissariat behandelt und nicht vom zuständigen Kommissariat?

Faillard und Kanzler Seel, die diese Fragen gemeinsam beantworteten, gaben sich harmlos und unwissend: sie beantworteten alle Fragen mit NEIN!

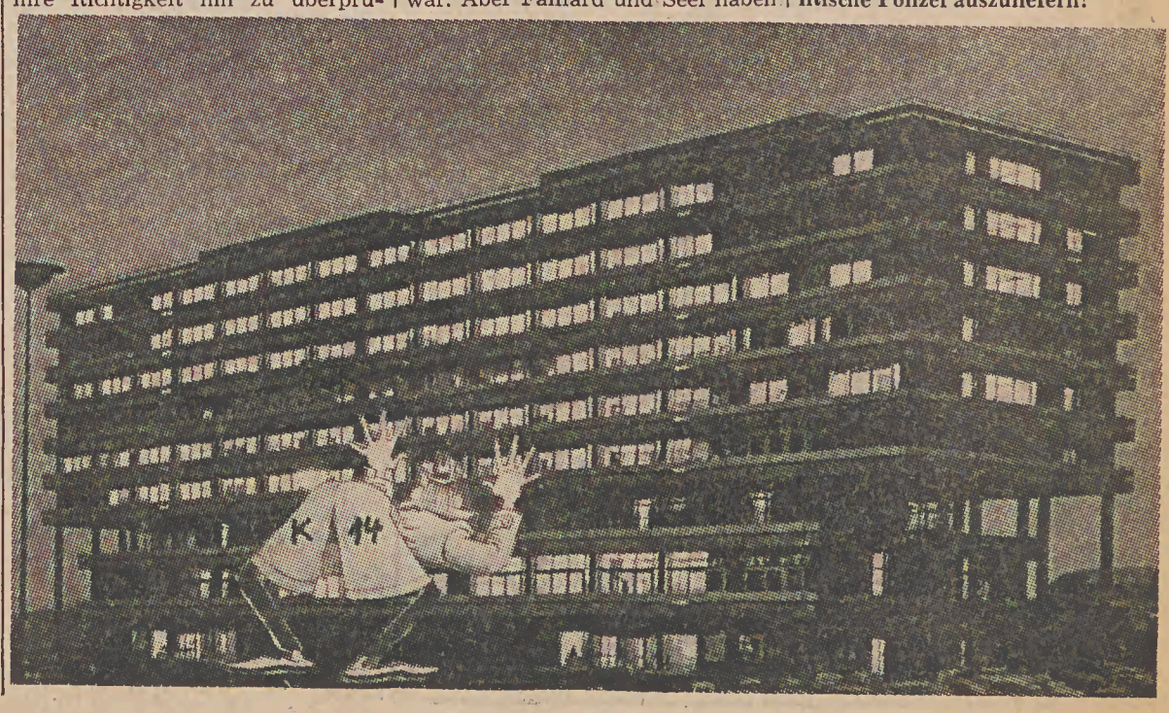
Allerdings mußten sie gestehen, daß sie sich auch gar nicht die Mühe gemacht hatten, die Fragen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen; was sie in ihrer „klaren" Antwort zu Papier brachten, war nichts als ihr rein subjektives Wissen!

Wir glauben es Herrn Faillard und halten es selbst bei Herrn Seel eventuell für möglich, daß ihnen von den politischen Aktivitäten ihrer Bediensteten nichts bekannt war. Aber Faillard und Seel haben die Aufgabe, solche Anfragen nicht bloß mit einem „Nein" abzutun, sondern die darin geäußerten **Tatsachen** auch zu überprüfen!

Im Gegenteil: Rektor und Kanzler versuchen den Spieß umzudrehen und beschimpfen die Fragesteller wegen übler Nachrede. Und es ist wirklich eine Frechheit, wenn in dem Brief wertfrei festgestellt wird: **„Die Tätigkeit der Verwaltung ergibt sich aus den ihr gestellten Dienstpflichten und Aufgaben. Hieraus ergibt sich ggfls. auch eine Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen."**

Die Verwaltung ist nicht verpflichtet, ja nicht einmal **berechtigt,** mit dem 14. K. zusammenzuarbeiten. Sie hat es jedoch getan; dafür haben wir die **Beweise!** Faillard und Seel decken die Machenschaften ihrer eifrigen Angestellten — aber nicht mehr lange.

Wir werden unsere Beweise auf den Tisch legen und das Rektorat zur Rechenschaft zwingen, das sich nicht schämt, Studenten an die Politische Polizei auszuliefern!



Aktion 218:

Wie soll es weitergehen

Inzwischen ist die Diskussion um den § 218 schon zu einem relativ alltäglichen Gesprächsthema geworden. Den diversen Veranstaltungen (Podiumsdiskussionen, Kundgebungen, Demonstrationen etc.) zu diesem Thema wird bei weitem nicht mehr das „sensationsgeile" Interesse entgegengebracht wie zu Beginn der Diskussion. So muß man sich heute einmal die Frage stellen, was eigentlich bis jetzt mit der Aktion 218 erreicht worden ist, wie diese Bewegung politisch einzuordnen ist und wie sie in Zukunft weitergeführt bzw. modifiziert werden muß.

Wenn man die Situation bezüglich des Abtreibungsverbotes selbst realistisch einschätzt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß eine völlige Abschaffung des §·218 in nächster Zeit sicher nicht zu erwarten ist. Als äußerstes Zugeständnis — bei optimistischer Einschätzung — läßt sich vielleicht noch die 4-Monatsregelung erreichen; wahrscheinlich aber ist kurzfristig eine Reform in Form der Jahn'schen Indikationslösung zu erwarten.

Eine völlige Abschaffung des § 218 ist zur Zeit aus folgenden Gründen nicht durchzusetzen:

● Zwar hat er aufgrund der zunehmenden Rationalisierung und Automation im Produktionsbereich nicht mehr direkt die Funktion, genügend Arbeitskräfte für den kapitalistischen Produktionsprozeß hervorzubringen, aber es ist noch kein adäquater Ersatz geschaffen für die unterdrückende, autoritäre Strukturen verfestigende Funktion des § 218.

● Zum anderen sollte man keinesfalls den Einfluß der kirchlichen und bürgerlich-konservativen Lobby im Bundestag unterschätzen, ebensowenig wie die vor allem in der Kleinbourgeoisie vorherrschende Ideologie des „Schutzes des werdenden Lebens".

Auf der anderen Seite wäre jedoch eine Abschaffung des § 218 ganz im Sinne des Kapitals, um z. B. einen längeren Arbeitsausfall der heute immer mehr direkt in den Produktionsprozeß einbezogenen Frau zu vermeiden.

Längerfristig gesehen wird daher die Streichung des Abtreibungsparagraphen sowieso erfolgen. Die Aktion 218 kann hier also lediglich eine Beschleunigung dieses Vorgangs bewirken, was sicherlich sinnvoll ist, da die herrschenden Zustände schon aus rein humanitären Gründen abzulehnen sind.

Wichtiger jedoch ist folgender Aspekt: Mit der Aktion 218 **haben sich zum ersten Mal Frauen in so großem Rahmen zusammengeschlossen, Solidarität entwickelt und sich gegen spezifisch gegen die Frau gerichtete Zwänge aufgelehnt.** Diese Solidarität konnte erst entstehen, als den Frauen durch die öffentliche Diskussion des § 218 klar wurde, daß ihre Probleme keine isolierten, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme sind.

Als — sicherlich positiv zu bewertender — Erfolg der Aktion 218 ist also zu verzeichnen:

● einmal der Bewußtseinsprozeß, der bei vielen Frauen und auch Männern ausgelöst wurde und sie in die Lage versetzte, zumindest ansatzweise gewisse gesellschaftliche Repressionsmechanismen zu erkennen,

● und zum anderen der darauf aufbauende weiterführende Schritt der Auflehnung und des solidarischen Handelns.

Und hier liegt auch der Ansatzpunkt für die Weiterführung der Aktion 218, durch die es möglich wurde, große Teile der Frauen für den Kampf um ihre Interessen zu mobilisieren. **Auf dieser Basis muß nun die ständische Aktion von ihrer Konzentrierung auf den § 218 gewendet werden zu einer politischen Aktion.** D. h. ausgehend von der Abtreibungsproblematik muß die Vermittlung weitergehen zur allgemeinen Problematik der Sexualität und der dort ansetzenden Repressionen des Kapitals und ihrer Funktion; des weiteren muß der § 218 in den Rahmen einer Diskussion der gesamten „Emanzipation-der-Frau"-Problematik gestellt werden, **wobei diese Diskussion nicht eine ständische bleiben darf, sondern zur Vermittlung der allgemeinen Problematik der Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. des Grundwiderspruchs führen muß.**

Für die zukünftige Praxis heißt das, daß in Podiumsdiskussionen nicht nur über den § 218 diskutiert wird, sondern vor allem über seine gesellschaftlichen Zusammenhänge, wie Wohnproblematik, Sexualität, Situation der Frau im Betrieb, woraus dann eine generelle Analyse und Vermittlung der Zusammenhänge des kapitalistischen Systems folgen muß.

Weiterhin muß in stärkerem Maße an diejenigen herangetreten werden, **die am meisten von der bestehenden Misere betroffen sind, nämlich Arbeiterfrauen bzw. Arbeiterfamilien.**

Kurzfristig muß natürlich — solange der § 218 noch besteht — weiterhin Hilfe in der Form geleistet werden, daß man die Solidarität möglichst vieler Ärzte erreicht und die Adressen der Ärzte, die bereit sind, eine Abtreibung vorzunehmen, möglichst vielen Frauen zugänglich macht. Dabei muß auch an eine finanzielle Unterstützung gedacht werden, da einer Frau, die eine Abtreibung nicht bezahlen kann, auch eine solche Adresse nichts nützt.

Um wenigstens in den härtesten Notfällen eine kleine Unterstützung geben zu können, führt der AStA eine Spenden- und Sammelaktion für die Aktion 218 durch.

Spendenkonto: Städtische Sparkasse Bochum, Zweigstelle 33, Universität, Kto.-Nr. 80 04 65.

Wer Interesse an einer weiteren Aufarbeitung der Problematik der Aktion 218 hat und auch an einer entsprechenden Praxis mitarbeiten will, möchte sich bitte beim AStA melden.)

schallplatten kaufen Sie im MUSIKHAUS KÜHL
Bochum, Kortumstr. 93

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

Resolution der Uni-VV vom 30. November '71

Die zunehmende Formierung aller gesellschaftlichen Bereiche im Interesse des Kapitals, die Bestimmung des gesellschaftlichen Geschehens gemäß den Interessen der Wirtschaft zeigt sich in Einrichtungen wie der Konzertierten Aktion, im neuen Betriebsverfassungsgesetz und in der Tendenz zur Disziplinierung von Streiks ebenso wie in den gesetzlichen Regelungen zur direkten Nutzbarmachung der Hochschule, in deren Mittelkunkt das Hochschulrahmengesetz (HRG) steht.

Aus diesem Grunde kann der Kampf gegen das HRG nur im Zusammenhang mit dem Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung gesehen werden, d. h. er muß die Widersprüche des Kapitalismus aufgreifen und somit ein sozialistischer sein. Das bedeutet gleichzeitig, daß der Kampf an der Hochschule nur insoweit erfolgreich sein kann, wie der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital erfolgreich ist.

Deshalb gehen wir davon aus, daß das HRG unter den gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen nicht verhindert werden kann.

Wir werden unseren Kampf gegen das HRG dort ansetzen, wo es für das Kapital gilt, die gesetzlichen Maßnahmen der Hochschulformierung zu konkretisieren.

Das bedeutet für uns, daß wir die im HRG angelegte Ausbildung zum bloßen Ersatzteil in der kapitalistischen Herrschaftsmaschinerie bekämpfen, daß wir im Hinblick auf unseren späteren Beruf die Einsichten und Fähigkeiten uns aneignen müssen, mit denen wir den Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung unterstützen können.

● Wir werden die **bürgerlichen Lehrinhalte** angreifen. Wir werden **Prinzipien für die Neuordnung der Studiengänge** erarbeiten, deren Verankerung uns befähigt, die Beschränkung auf ein isoliertes Fachstudium ohne Reflektion der gesellschaftlichen Relevanz zu überwinden und mit denen wir den zentralen Studienordnungen von oben den organisierten Druck von unten entgegensetzen.

● Wir werden **die Organisation des bürgerlichen Studiums bekämpfen**; die durch Prüfungsterror, Leistungsdruck, obligatorische Studienberatung als Lenkungsmaßnahme und Vereinzelung der Studenten gekennzeichnet ist, indem wir den Aufbau von **Übungs- und Studienkollektiven** vorantreiben.

Wir werden die politische Disziplinierung von Lehrenden und Lernenden (Streikverbot im BAFöG, Mitwirkungs- und Schweigepflicht), die diese Art der Selbstorganisation im Studium verhindern sollen, durch solidarische Aktionen bekämpfen.

Deshalb werden wir verstärkt die **Arbeit in den Abteilungen** aufnehmen und morgen in **Abteilungsvollversammlungen und Teach-ins** zusammen mit den Assistenten **Arbeitsgruppen** zu Fragen der Studiengänge und Lehrinhalte unter der Perspektive der späteren Berufstätigkeit bilden.

Für sozialistische studentische Tutorien!
Für marxistische Lehrkräfte!
Für eine Ausbildung im Dienste der arbeitenden Bevölkerung!

Universitätsparlament, sondern organisiert Euch in den Arbeitsgruppen, die während der Aktionstage zum Hochschulrahmengesetz in den Abteilungen gebildet worden sind!

UP-Müdigkeit

Am 24. 11. wählte die Ruhr-Universität ihr 3. Universitätsparlament (UP). Der vor der Wahl von Rektor, UP-Vorstand und Dekanen betriebene Aufwand, der möglichst viele Wähler zu den Urnen locken sollte, zahlte sich nicht aus: die Wahlbeteiligung der Studenten lag zwischen 3 und 10 Prozent.

Damit entlarvt sich das von offiziellen Stellen ständig vorgetragene Argument, die „linksradikale" Besetzung der studentischen Selbstverwaltungsorgane AStA und Fachschaften sei Ergebnis der niedrigen Wahlbeteiligung (durchschnittlich 40 Prozent) und entspräche nicht der Realität — wobei in ganz merkwürdiger und einseitiger Auslegung die Bedeutung von Stimmenthaltungen und Nichtabgabe von Stimmen als Nein-Stimmen interpretiert werden — als **pure Demagogie.**

Für das neugewählte UP kommt dieses Argument sogar als wuchtiger Bumerang zurück: das UP weist tatsächlich gewisse Züge von Radikalität auf, und zwar rechter Radikalität. Die „Dozentenschaft", die Bochumer Niederlassung des Bundes Freiheit der Wissenschaft, ist mit ihren Spitzen vertreten; irgendwelche Studentenvertreter, von denen man nie etwas gehört hat, sind aus ihren Löchern gekrochen und spiegeln das mangelnde Interesse der Studenten an der universitären Selbstverwaltung.

Von Legitimation kann also bei diesem UP nicht die Rede sein, interpretiert man die Enthaltungen und die niedrige Wahlbeteiligung im Sinne der Ministerialbürokratie. Es ist sicherlich nicht nur optimistisch, sondern schlicht **falsch,** für das UP mit der Parole zu werben: „Das UP ist nicht machtlos! Sondern es hat geschlafen!" — so der Slogan der Wahlkandidatenmannschaft aus dem Kohlenkellerklub, die der gottesfürchtige Mathematikordinarius und Dozentenschaftsangehörige Ewald als graue Eminenz (wozu ihm allerdings das Format fehlt) in die „Wahlschlacht" schickte, nachdem er im sogenannten „Ewald-Papier" klagend angemerkt hatte, daß das nichtwissenschaftliche Personal im UP sich zunehmend erfrechte, gegen die Hochschullehrer zu stimmen.

Die Erfahrungen mit dem UP zeigen vielmehr, daß die von der Bürokratie ständig verordnete „Schlaftablette" auch in Zukunft wirken wird, begründet in der faktischen Kompetenzlosigkeit des UP. Die Vergesellschaftung der Hochschule in ihrer kapitalistischen Formbestimmtheit oder anders die Formierung des Hochschulwesens hin auf die Belange der Wirtschaft erzwingen eine Zentralisierung der diesbezüglichen Entscheidungen. **Die Kompetenzverlagerung weg von der Selbstverwaltung in die Ministerialbürokratie ist also eine für unser System folgerichtige Entwicklung.**

Aus dieser Erkenntnis heraus bestimmt sich der Stellenwert des UP. Die in diesem UP einsetzende Satzungsdiskussion wird aller Wahrscheinlichkeit nach nur dazu dienen, dem Minister das Oktroi einer konfliktminimierenden, aber im obengenannten Sinne funktionalen Verfassung zu erleichtern. **Schwerpunkt unserer Aktivität kann also nicht das — wie die Wahlbeteiligung auch gezeigt hat — der Masse der Studenten weitgehend entfremdete UP sein, sondern die Arbeit in den Abteilungen,** wo in Auseinandersetzung mit dem, was dort als Wissenschaft ausgegeben wird, in der Auseinandersetzung mit Inhalt und Organisation des bürgerlichen Studiums, Erkenntnisprozesse in Gang gesetzt und organisatorisch gewendet werden müssen, nämlich u. a. die Erkenntnis, daß wir nur mit den Arbeitern, die die Dominanz des Kapitals an ihrem sozialen Ort viel existenzieller spüren, die für diese Entwicklungen und Auswirkungen verantwortlichen gesellschaftlichen Verhältnisse ändern können.

Deshalb: setzt nicht Eure Hoffnungen auf ein machtloses

Zur studentischen Krankenversicherung

Fortsetzung von Seite 1

4. Das Argument des VDS für die Erhaltung der DSKV ist in erster Linie das Interesse, auch in Zukunft in Bonn über eine Lobby-Organisation zu verfügen, die eine gesetzliche Neuregelung der studentischen Krankenversicherung durchführen kann. Dieser Überlegung des VDS stellt der Vorstand des Studentenwerkes entgegen, daß zum einen die Vergangenheit gezeigt hat, wie gering der politische Einfluß der DSKV in Bonn ist und daß es zum anderen nicht vertretbar ist, die Studenten jetzt für die Hoffnung auf eine gesetzliche Neuregelung weiter noch mit unzumutbaren Beiträgen zu belasten.

Bochumer AStA und Vorstand des Studentenwerkes teilen zwar die VDS-Auffassung, daß das Endziel der studentischen Politik im Krankenversicherungswesen die Volksversicherung sein sollte, allerdings müßte dieses Ziel auf anderen Wegen und mit anderen Organisationen (z. B. den Gewerkschaften) durchgesetzt werden.

5. Die Politik im Wartestand, die der VDS z. Z. in der Krankenversicherungsfrage betreibt, ist falsch. Richtiger wäre es, jetzt auf bundesweiter Ebene mit sämtlichen Ersatzkassen Verträge abzuschließen, die den Studenten optimale Versicherungsbedingungen bieten würden. Gleichzeitig aber müßte mit denjenigen Institutionen, die daran Interesse haben, wie z. B. Ortskrankenkassen und DGB, die Diskussion über die Abschaffung der ständischen Krankenversicherung in der BRD — AOK für schlecht verdienende Arbeiter, Ersatzkasse für besser verdienende Angestellte, Privatkassen für die Großkopferten — eingeleitet werden. Eine solche Politik würden Vorstand der Studentenschaft und Vorstand des Studentenwerkes an der RUB im vds jederzeit unterstützen.

PS. Die Aufnahme in die Hamburg-Münchener-Ersatzkasse kann tgl. von 10 bis 16 Uhr in Baracke Nr. 8 (hinter der alten Mensa) im Raum 3 erfolgen. Außerdem steht tgl. während der Mittagszeit ein Sachbearbeiter der HaMü in der Mensa für Informationen und Anmeldungen zur Verfügung. **Gleichzeitig mit der Anmeldung erfolgt die Befreiung vom DSKV-Beitrag. Das Geld wird Mitte Dezember in der Westfalenbank auf Vorlage des Studentenausweises erstattet.**

Hochschultage

Fortsetzung von Seite 1

eine **BSU-Resolution** später mit einem Antrag auf **Nichtbefassung** vom Tisch kam, wurde die Hauptkontroverse zwischen SHB/SAG und Spartakus geführt. Spartakus wollte seine Resolution, in der sich zwischen den Zeilen die **Strategie des antimonopolitischen Kampfes** und weiter die **sozialreformerischen Parolen des vds** verbargen, gemeinsam mit der AStA-Resolution verabschiedet haben. Dazu versuchte er, die grundsätzlichen Unterschiede beider Resolutionen herunterzuspielen, eine Standardtaktik des Spartakus, wenn er sich in einer Position der Schwäche befindet, während in der Diskussion deutlich wurde, daß **beide Resolutionen unvereinbar** waren. Mit einer deutlichen Mehrheit der noch 600 Anwesenden wurde die AStA-Resolution verabschiedet.

Gemäß der Schwerpunktsetzung des AStA ist es vor den fachspezifischen Veranstaltungen am Mittwoch **noch nicht zu beurteilen,** ob die Hochschultage ihr Ziel erreicht haben, nämlich den **Anfang zu setzen für eine kontinuierliche Arbeit an den Studieninhalten und Studiengängen.**

Eines ist jedoch ganz klar: Keine studentische Gruppe kannn stellvertretend für die Masse der Studenten den Kampf gegen das HRG führen. Deshalb: organisiert Euch in Abteilungsgruppen und Studienkollektiven zur Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft, zur Qualifikation hin zu einer sozialistischen Berufsausübung.

Buchbesprechung

„Der liebe Gott im Sozialismus"

30 seiten mit heiligenbildchen, mit einem vorwort von gottlieb farle, PAUSCHAL-Verlag, Göttingen 1971. Herausgeber: U. L. Tralink.

der verfasser setzt sich in gekonnter weise mit dem für sozialisten schon immer etwas heiklen thema auseinander. insbesondere bringt tralink völlig neues material, das in fachkreisen einiges aufsehen aufwirbeln dürfte.

so führt tralink ein wort von friedrich engels an, das in castroprauxel von generation zu generation mündlich überliefert worden ist: „ich glaub' an dich!" engels soll dies einmal in einem selbstgespräch geäußert haben. für die wahrheit dieser worte vermag sich der verfasser allerdings nicht zu verbürgen. hier noch weitere zitate, die erstmalig veröffentlicht werden:

„du lieber gott" (lenin 1922), „oh herr, erlöse mich von meinen wettschulden!" (karl marx 1871), „gott gebe, daß ich eine fünf im lotto habe!" (walter ulbricht 1971) und „ohne fleiß kein preis!" (mao 1956).

letzteres zitat hat jedoch eigentlich nichts in der sammlung zu suchen.

das wichtigste dokument dürfte jedoch eine flugschrift von stalin sein, die tralink in einer ägyptischen tempelruine ausgegraben hat. sie enthält neben anderen wichtigen materialien das prosagedicht: „wie kann ein kommunist papst werden." es endet mit den worten: **„hilft dir die sowjetunion und der heilige geist / bist ganz schnell papst du, daß du's nur weißt!"**

schade, daß nicht stalin selbst diese krönung seiner laufbahn hat zuteil werden können, er stünde heute ganz anders da.

in seinem kommentar kommt tralink jedoch zu dem schluß, daß der liebe gott statt in den sozialismus zur hölle fahren solle, allenfalls könne ihm noch ein mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

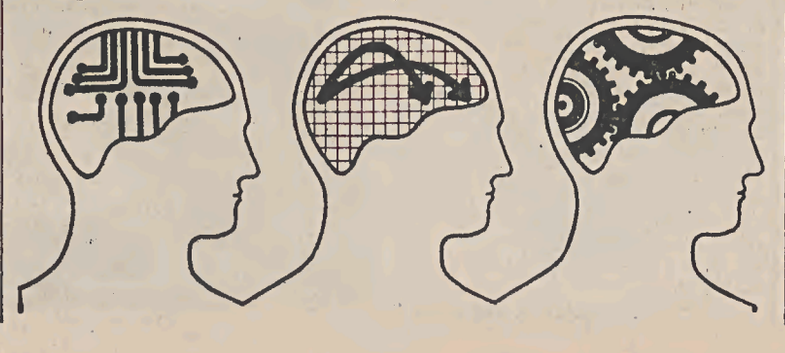
der leser — sofern er nicht praktizierender kommunist ist, der zur beichte geht — merkt, daß gottlieb farle in seinem vorwort den richtigen schluß zieht: **„ein mieses buch, das auf gottes heiligem erdboden nichts zu suchen hat."**

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop
Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

Silvester in Prag
27. Dezember 1971 bis 2. Januar 1972
Fahrt ab / bis Bochum
Hotel mit Halbpension und Stadtrundfahrt
DM 168,—
nur noch wenige Plätze frei!
Silvester in Moskau
28. Dezember 1971 bis 1. Januar 1972
Flug ab / bis Berlin
Hotel mit Vollpension, Stadtrundfahrten
DM 348,—
Studenten-Reisedienst Bochum
463 Bochum, Lennershofstraße 66
(hinter der alten Mensa, Baracke 9) Tel. 713980

..dann lieber Jungfrau

Man nehme eine mit Beton verbaute Universität (z. B. die RUB), eine frustrierte Studentenschaft, einen neuen Raum, den noch keiner kennt, viele Plakate, schlechte Bands und 3,— DM Eintritt — und nenne das ganze DEFLORATION. Die Erwartungen der vielen Tausend Besucher einer solchen Mensa-Fête schwelgten natürlich ins Unermeßliche — vorher: die Hoffnungen der fast 4000 Studienanfänger, die noch keine Mensa-Fête mitgemacht hatten, der Wunsch der anderen, die neue Mensa sei weniger frustrierend als die alte, der sexuelle Reiz des Namens Entjungferung ...



Wenn am Freitag abend wirklich jemand entjungfert wurde, so kann das nur für große Zufälligkeit und die ungeheure Leistung derer sprechen, die bei (bzw. nach) dieser großen Frustrationsansammlung doch noch etwas gebracht haben. Denn die Atmosphäre in der neuen Mensa widersprach dermaßen sämtlichen Erwartungen, daß es unverständlich erscheint, weshalb es überhaupt jemand länger als eine halbe Stunde ausgehalten hat.

Die große Mensa erinnert schon mittags an eine Bahnhofs- oder Markthalle, doch abends, voller Leute, die herumlaufen, bei dröhnendem Lärm, der Musik sein sollte, mit Tischen wie beim Essen, ohne Dekorationen, lange Schlangen vor den Getränkeständen ... war noch weniger Kommunikation möglich als im Bahnhof.

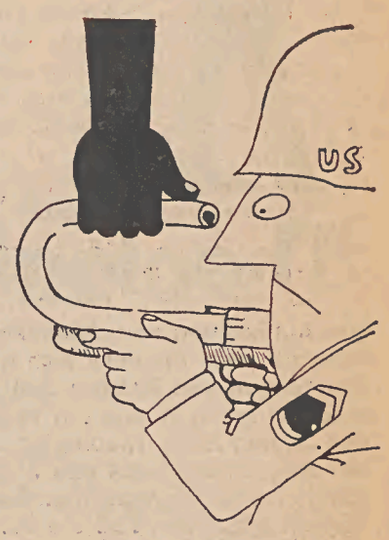
Das ewige Aneinandervorbeilaufen tötete jegliche Initiative, und Hajo fand zu Recht große Zustimmung, als er forderte, daß zumindest der Reinerlös der fête (wohl über 5 000,— DM) zu sozialen Zwekken verwandt und nicht privat-kapitalistisch angeeignet werde.

Zusammengefaßt: eine solche Mensafête darf auf keinen Fall mehr stattfinden, denn bei einer solchen Atmosphäre sollte die Mensa besser jungfräulich bleiben.

Studienbüro und Studentenschaft:
STUDIENANFÄNGER-TREFFS
dienstags und donnerstags um 13 Uhr in GAFO 03/191 (zwischen GA und Mensa)

Politische Gefangene

Mit dieser BSZ beginnt der bochumer AStA und die politischen Gruppen, die ihn tragen eine Kampagne für die politischen Gefangenen in USA und BRD. Wir werden in diesem Zusammenhang nicht so ausführlich auf den Fall Angela Davis eingehen, wie es möglich und nötig wäre. Über die Genossin Angela und den drohenden Tod in der Gaskammer sind relativ viele Informationen bekannt, z. T. selbst durch die liberale Presse. Zweitens schadet unserer Meinung nach eine Personalisierung des Problems politischer Gefangener auf Angela Davis. Der Terror, auch Gefängnisterror gegen diejenigen, die sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung wehren, ist ein durchgängiges Charakteristikum aller kapitalistischen Gesellschaften. Wir werden deshalb in dieser BSZ zunächst einmal einige Informationen über politische Gefangene in der BRD geben. Dazu gehört Larry Jackson, ein Mitglied der Black Panther Party, der in Zweibrücken zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Dazu gehört auch eine Liste der 60 deutschen Genossen, die z. Z. gefangen sind. Daneben werden wir im Rahmen dieser ersten Kampagne die Aktivität einer Gruppe darstellen, die im Kontext mit der Gefangennahme von Angela Davis und Larry Jackson betrachtet werden muß. Angela Davis und Larry Jackson kämpften für die Befreiung der Schwarzen in den USA, gegen die besondere Unterdrückung einer rassischen Minorität im Kapitalismus. Dieser Kampf für die Befreiung des schwarzen Volkes wird besonders auch gegen die Unterdrückung der Schwarzen in der Armee geführt. Die einzige Gruppe, die in Westeuropa diese Arbeit innerhalb der amerikanischen Armee aufgenommen hat, ist die Gruppe um die Zeitung „VOICE OF THE LUMPEN". Wir werden deshalb hier die Arbeit dieser Gruppe dokumentieren und ihr 10-Punkte-Programm sowie einen kurzen Überblick über ihre Arbeit und politischen Erfahrungen abdrucken. Die Gruppe hat inzwischen schon reiche Erfahrungen mit der angeblich so „rechts"staatlichen BRD gemacht. Am 11. 5. 1971 wurde in Augsburg (SPD-regiert) ein schwarzer Amerikaner verhaftet, weil er in einer Gaststätte die Zeitung „Voice of the Lumpen" verkaufte. Der Verkäufer wurde abgeschoben. Im Abschiebebescheid heißt es: „Der Inhalt dieser Druckerzeugnisse soll sich — so laut Polizeibericht — auch, wie allgemein bekannt ist, gegen die US-Regierung richten . . . Sein Aufenthalt dürfte deswegen als unerwünscht zu gelten haben."



Politische Gefangene in der Bundesrepublik

In Westberlin und der BRD sitzen z. Z. etwa 60 Genossen im Gefängnis, alle wegen politischer Delikte, zum größten Teil in Untersuchungshaft, die mit den fadenscheinigsten Gründen auf Monate und Jahre ausgedehnt wird. Um ihre Isolation perfekt zu machen, sie im Gefängnis zu zermürben und den Kontakt zu anderen Gefangenen zu erschweren, werden diese Genossen fast ausnahmslos in verschärfter Einzelhaft gehalten. So sind z. B. Fritz Teufels Neben-, Ober- und Unterzellen in Landsberg unbelegt, um jede Kontaktaufnahme zu verhindern.

Gemeinsamer Hofgang mit anderen Gefangenen ist den meisten untersagt. Der größte Teil unterliegt strengster Post- und Besuchsbeschränkung, die sich auch über geschriebenes Recht hinwegsetzt. So konnte zwar der CDU-Faschist Majonica Margrit Schiller in der Nacht ihrer brutalen Zwangsvorführung mit Würgegriffen auch noch belästigen; jedem aber, der sich auch nur ansatzweise solidarisch gegenüber gefangenen Genossen verhält, wird der Besuch verwehrt oder große Schwierigkeiten bereitet.

Erinnert sei nur an die FDP-Studentin Finkelgrün, die in Köln Astrid Proll den Namen eines Rechtsanwaltes nannte und deshalb nicht nur entlassen wurde, sondern wahrscheinlich ein Verfahren und den Spitzelterror der Politischen Polizei über sich ergehen lassen muß.

Die Herrschenden in der BRD versuchen z. Z. erfolgreich, einerseits die politischen Gefangenen untereinander zu isolieren. Dazu wurden die Genossen, die ursprünglich nur in drei oder vier Städten einsaßen und so noch Kontakte halten konnten, über eine ganze Reihe von Gefängnissen in der Provinz und auch hier im Ruhrgebiet verstreut.

Andererseits wurden die politischen Gefangenen in der Öffentlichkeit fast vollständig isoliert. Die Hetze des Polizeistaatsministers Genscher und seinem Privat-FBI, der Bonner Sicherungsgruppe, hat bei vielen erfolgreich angeschlagen. Kaum einer ist sich dessen bewußt, daß z. B. ein Horst Mahler seit über einem Jahr in Untersuchungshaft sitzt, obwohl ihm nichts, aber auch gar nichts bewiesen werden konnte. Keiner hat auf das Urteil gegen Fritz Teufel wegen Brandstiftung reagiert.

In diesem Urteil waren klassische Sentenzen der politischen, der Klassenjustiz nachzulesen. Nicht die Spur von Beweisen war die Urteilsgrundlage, sondern die Annahme, daß so einem wie der Teufel die vorgeworfenen Brandstiftungen auch zuzutrauen seien.

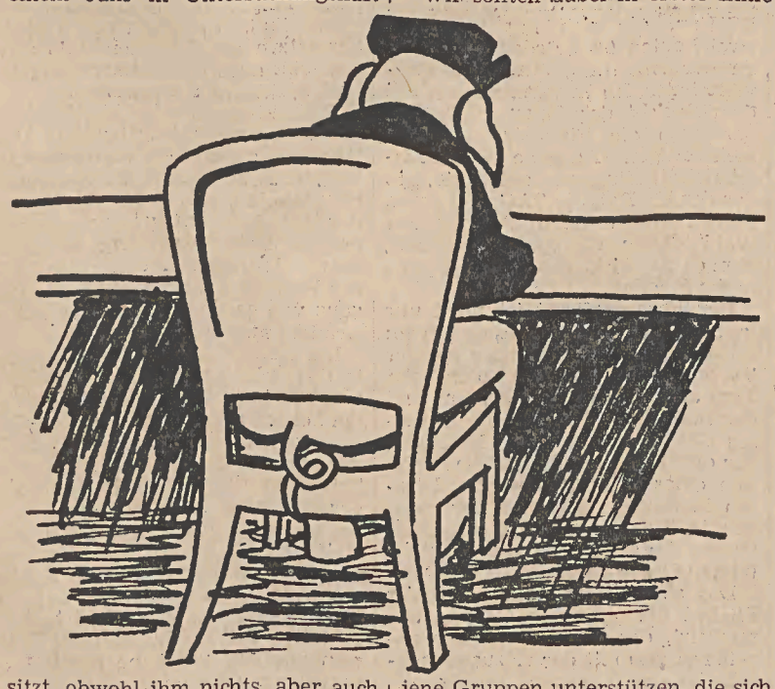
Kaum einer ist sich dessen bewußt, daß im Zusammenhang mit dem Polizeiterror gegen die sog. Baader-Meinhof-Gruppe eine **Kriminalisierung der gesamten linken Szene stattgefunden hat,** wie sie noch vor einem Jahr sich kaum einer vorstellen konnte. Schwerbewaffnete Polizeibullen mit Maschinenpistolen, Straßensperren, Hausdurchsuchungen gehören heute bereits zum gewohnten.

Dieser Terror richtet sich also primär gegen die sozialistischen Organisationsversuche, gegen die tägliche politische Arbeit im Betrieb und in den Universitäten. Die Brutalisierung der Polizei ist dabei jedoch nicht nur gegen diese politischen Kerne gerichtet, sondern richtet sich gegen jede, auch unbewußte Protesthaltung gegen diese Gesellschaft.

Es ist heute schon zur Regel geworden, daß jemand, der ein Auto klaut, durch einen Bullen per Genickschuß exekutiert werden kann, ohne daß sich jemand aufregt. Es ist zur Regel geworden, daß die Polizei in Bochum nachts Hotels umstellen kann und alle Leute kontrolliert. Es ist zur Regel geworden, daß Bankräuber und Geiseln mit MP's einfach umgemäht werden.

Wenn wir die Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD üben, kommt es deshalb gar nicht darauf an, sich mit den politischen Vorstellungen dieser Genossen zu identifizieren. Das Ja-aber-Lamento nutzt nur den Herrschenden und ihren Spaltungs- und Kriminalisierungsversuchen. **DIE EINKERKERUNG DER ERSTEN GENOSSEN, UND ES IST SCHON EINE BETRÄCHTLICHE ZAHL, MUSS MIT EINEM SOLIDARISCHEN VORGEHEN BEANTWORTET WERDEN.** Heute sitzt man wegen unerlaubtem Waffenbesitz zwei Jahre. Morgen wird man wegen Flugblattverteilens sitzen und übermorgen, wenn man zu laut denkt, wenn wir nicht jetzt den Kampf gegen die Einkerkerung politischer Gefangener aufnehmen.

Wir sollten dabei in erster Linie jene Gruppen unterstützen, die sich um die Betreuung der Genossen im Knast bereits kümmern: **Rote Hilfe West-Berlin, 1 Berlin 21, Stephanstraße 60, Konto Nr. 064 000347 (Brentzel) bei der Sparkasse Westberlin; Rechtshilfe München, Konto Nr. 561 389 bei der Bayr. Vereinsbank München (Ortmann).**



Rechtsberatung
im Auftrag des Vorstands der Studentenschaft (im Rahmen des Art. 1, § 3 Ziff. 1 RBerG)
Ort: Baracke 1, Zimmer 17 (vor der alten Mensa)
Zeit: Mo. u. Do., 12.30 - 14.00
Lutz Eisel: Hilfe in Rechtsfragen aller Art

Mitte 1970 erreichte das Nachdenken über die eigene Situation der Schwarzen in der Armee einen Punkt, an dem unzufriedene schwarze Soldaten begannen, sich mit den grundlegenden Problemen des Rassismus in der US-Armee auseinanderzusetzen. Dies war das Jahr, in dem schwarze GIs zum erstenmal organisiert handelten, und zwar gaben sie ihren Gefühlen und ihrer Unzufriedenheit am 4. Juli aus Anlaß des FIRST CALL FOR JUSTICE Ausdruck.

Zur gleichen Zeit erkannten gleichgesinnte Zivilisten, die vom Stadium der bloßen Revolte bereits zur Entwicklung politischen Bewußtseins fortgeschritten waren, daß es notwendig war, einen Apparat außerhalb der Armee zu schaffen, mit dem die Massen von schwarzen GIs informiert werden konnten, geschult und organisiert in dem Sinne, in dem der Afro-Amerikanische Befreiungskampf geführt wird und in dem auch die Black Panther Party arbeitete. Diese wenigen Gleichgesinnten, die bereit sind, sich für die Interessen der schwarzen GIs einzusetzen, und deren Namen keine Rolle spielen, kamen nach Frankfurt und gründeten dort die Voice of the Lumpen. Das war im November 1970. Die VOL hielt Versammlungen ab, organisierte Kurse zur politischen Schulung, gab finanzielle Unterstützung, gab eine Zeitung heraus (die VOL), dazu Flugblätter, Pamphlete und Meinungsplaketten, soweit es in ihren Kräften stand und wo immer schwarze GIs erreicht werden konnten: in den Bars, in Versammlungen, vor den Kasernen etc.

Die Organisation entwickelte eine politische Linie in der Richtung der 10-Punkte-Plattform der Black Panther Party, informierte ausführlich über den Ramstein-Prozeß (vgl. dazu den Artikel in dieser BSZ) und verbreitete mit Nachdruck die Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen. Vom taktischen Standpunkt aus waren alle diese Aktionen wertvoll.

Am 10. 4. stellte die VOL auf einer VOL-Versammlung an der Frankfurter Uni den schwarzen GIs ein 10-Punkte-Programm vor. Diese 10 Punkte wurden von allen einstimmig angenommen. Aus taktischen Gründen wurde dieses Programm nicht als GI-Plattform und Programm bezeichnet, sondern als 10-Punkte-Programm der VOL.

Die VOL erkannte bald, daß sie nicht für sich allein arbeitet, sondern ein Kader der Gesamtrevolution ist, und daß „revolutionäres Handeln der Anfang jeder Revolution ist". Sie bemühte sich immer wieder, eine klare ideologische Linie zu finden, um den Brüdern in der Armee konkrete und klare Vorstellungen präsentieren zu können . . .

„Heute zeigen uns die Aktionen der schwarzen GIs, sei es in Deutschland, in Südvietnam, Korea, Panama oder wo auch immer, daß eine große Anzahl unserer Brüder und Schwestern bereits ein revolutionäres Bewußtsein entwickelt haben. Dennoch sind alle diese heroischen Aktionen viel zu isoliert. Wenn wir einen revolutionären Apparat hätten, wären diese Aktionen gegen die rassistischen Schweine und die US-Imperialisten viel effektiver. So jedoch ist es unsere Aufgabe, diesen Apparat zu schaffen, um die Bildung einer Einheitsfront zu ermöglichen . . .

Jedoch gibt es zu diesem Zeitpunkt noch ungeheuer viele schwarze GIs, die noch nichts über die Arbeit der VOL erfahren haben . . .

Es gibt hier in Deutschland 50 000 schwarze GIs; man muß sich vorstellen, was das zu dieser Zeit bedeutet, wo so viel auf dem Spiel steht. Wir von der VOL sehen es als unsere Pflicht an, als Kader der Gesamtrevolution dazu beizutragen, daß unser Kampf auf einer höheren Ebene weitergeführt wird. Betrachtet uns nicht als Führer, auch nicht als Vorkämpfer, denn schon revolutionäres Handeln ist der Beginn der Revolution. Die Führer der Revolution sind dort, wo gehandelt wird . . . in Korea, in Panama, in Südvietnam, in Darmstadt, in Hanau, in Freidberg, in Butzbach, in den Militärstrafanstalten in Nürnberg, Mannheim, Frankfurt und in Babylon. Wir sind hier, um den Interessen der schwarzen GIs zu dienen, und um dem Interesse der 50 000 000 Afro-Amerikaner zu dienen, so gut wir es vermögen. Die VOL existiert seit 7 Monaten. In diesen 7 Monaten, in denen wir die schwarzen GIs organisiert und geschult haben, haben sich die Dinge geändert, und die faschistischen Machenschaften haben nicht aufgehört. Eine Reihe von Fragen hat sich uns gestellt. Was ist erreicht worden? Wie werden die Brüder die notwendigen revolutionären Aktionen durchführen? Wo werden sie sich nach ihrer Flucht verbergen? Wie können wir den Methoden der Faschistenschweine begegnen? Dies sind sehr ernste Fragen, die beantwortet werden müssen. Wir haben uns hingesetzt und uns selbst geschult und werden nun an die Front gehen und gewissenhaft lehren und lernen . . .

Unsere Botschaft an unsere Brüder in der Armee und in den Strafanstalten ist eine Botschaft der Solidarität, der revolutionären Brüderlichkeit und des gemeinsamen Kampfes. Unser Volk wird solange nicht frei sein, wie diese Schweine und ihr schäbiges und korruptes System existieren. Wie die Brüder in der Cambrai Fritch Kaserne schon gesagt haben: „die Zeit für Gelaber, Parteibilden und Verharmlosen ist endgültig vorbei." Solange die Schweine einen Bruder für einen Tag, ein Jahr oder für hundert Jahre ins Gefängnis stecken können in diesem beschissenen kapitalistischen System, in dem wir keine menschlichen Rechte, keine Freiheit, einfach nichts haben. Wir haben nichts zu verlieren, aber mit revolutionärere Gewalt alles zu gewinnen."

Unseren Brüdern und Schwestern in Babylon, unseren Brüdern und Schwestern der International Section der BPP sagen wir: „Revolutionäres Handeln ist der einzig mögliche Beginn zur Revolution!" ALLE MACHT DEM VOLKE!"

Klassenjustiz gegen farbige Genossen in der BRD

Im November 1970 bereiteten Larry Jackson und William Burrell zusammen mit anderen Amerikanern eine Veranstaltung vor, auf der Kathleen Cleaver zu GI's und Studenten über die Situation in den USA, die brutale Unterdrückung der Oppostion gegen den Krieg in Indochina und die politische Arbeit der Black Panther Party sprechen sollte. Vier Black Panther Genossen, die Flugblätter und Material für diese Veranstaltung verteilen wollten, fuhren am 19. November 1970 auf der Straße zur US Air Force Basis in Ramstein/Pfalz.

Diese Straße geht ohne Abgrenzungen direkt in den Fliegerhorst über. Als die Black-Panther-Mitglieder bemerkten, daß sie sich bereits einige Meter auf dem Gelände der Basis befanden, stoppten sie ihren Wagen und setzten zurück. Der Wachtposten, ein Deutscher in amerikanischen Diensten, hielt sie an und wollte ihre Pässe sehen. **Als die Insassen des Wagens die aufgeklappten Pässe vorzeigten, versuchte ihnen der Posten, der inzwischen bemerkt hatte, daß es sich um zumindest Sympathisanten der Black Panther Partei handelte, die Papiere zu entreißen, machte die Wagentür auf und zog den Zündschlüssel des Wagens ab. Als die Panthers sich dagegen wehrten, zog der Posten seine Pistole und schoß auf den Wagen.** Einer der Wageninsassen schoß zurück, dann flohen sie.

Von über 300 amerikanischen und westdeutschen Polizisten und Hunden gejagt, wurden Burrell und Jackson verhaftet. Obwohl sie durch Hundebisse schwer verletzt waren, wurde ihnen die ärztliche Behandlung durch einen perfekt englisch sprechenden Staatsanwalt mit der Begründung verweigert, er verstünde sie nicht.

Für die deutsche Justiz, die amerikanische wie deutsche Politische Polizei, die ihre Finger im Spiel hatten, stand die Schuld der Angeklagten von vornherein fest. Schwierigkeiten machte „nur" die Beweisführung.

Der einzige Zeuge, Lippek, der Posten, machte völlig widersprüchliche Angaben. Nach dem Vorfall an der US-Basis erklärte Lippek zu Protokoll, er könne sich nicht an den Schützen erinnern und konnte keine Einzelheiten nennen. Bei einer Gegenüberstellung eine Woche später erkannte Lippek „plötzlich" Larry Jackson als Schützen und nannte dessen Bart als besonders prägnenten Hinweis. **Vorher war von einem Bart keine Rede gewesen.**

Die Identifikation von Jackson fand unter besonders merkwürdigen Umständen statt. Der Wagen wurde nämlich vor dem Postenhäuschen postiert, mit Burrell auf dem Fahrersitz und Jackson auf dem Rücksitz. Unter solchen Bedingungen fällt eine Identifikation natürlich nicht schwer.

Außer solchen Lügen hatte das Gericht nichts aufzuweisen. Zwar wurde zunächst noch der Versuch gemacht, die Black Panthers als kriminelle Vereinigung zu denunzieren, die sich das Töten zum Hauptzweck gemacht habe, aber dies wurde dann doch noch unter dem Druck der Demonstrationen in Zweibrükken fallengelassen.

Lippeks Aussage, verbunden mit dem Vorwurf, die Wageninsassen hätten zuerst geschossen, waren die einzigen Gründe für die Verurteilung wegen „versuchten Totschlags". Dem entgegen standen folgende Punkte:

— die widersprüchlichen Aussagen Lippeks, seine rassistische Voreingenommenheit gegenüber Schwarzen (seine Frau hat ein uneheliches Kind von einem Schwarzen), seine Zusammenarbeit mit dem militärischen Abschirmdienst der Amerikaner, CID.

— mehrere Zeugen, die zur Tatzeit das Postenhaus passierten, hatten zuerst das Mündungsfeuer aus der Waffe Lippeks gesehen.

— der Paraffintest fiel bei beiden Angeklagten negativ aus. Sie hatten also nicht geschossen. Ein Vertreter des Bundeskriminalamts meinte dazu, man „könne dies nur als einen Art Hinweis betrachten"; sonst werden auf der Basis von Paraffintests Urteile gesprochen;

— die Tatwaffe wurde trotz Einsatzes von Minensuchgeräten nicht gefunden;

— Jackson wurde ein Schuß zur Last gelegt, der aus einer Entfernung von 2—3 Metern abgegeben wurde und am Reißverschluß von Lippeks Jacke abrutschte. Ein anderer Schuß, der Lippeks Oberschenkel aus 20 Metern traf, prallte nicht ab. **An dieser Version ist also auch einiges unstimmig.**

Fortsetzung auf Seite 6: Manifesto

Fachschafts-nachrichten

Theologie-Kasperletheater

Die Aufdeckung von Skandalen bei Berufungsverhandlungen hat an dieser Uni bereits Geschichte; man erinnere sich nur an die Enthüllungen des „Wohlfahrtsausschusses" bei den Berufungen von Kesting und Landwehrmann an der Abt. 8. Als neuester Beitrag in dieser Reihe erschien letzte Woche ein 16seitiges Info, in dem der FR ev. Theologie in Zusammenarbeit mit der „Roten Zelle Theologie" die Besetzung des Lehrstuhls „christlicher Gesellschaftslehre" an der Abt. 1 beschreibt und analysiert. Dabei wird wieder einmal gezeigt, daß man sich die Vorgänge bei Berufungsverhandlungen einfach nicht primitiv genug vorstellen kann; daß auch in diesem speziellen Fall die Profs im sicheren Gefühl ihrer Macht ein schlecht inszeniertes Kasperletheater aufführten.

Dafür einige bemerkenswerte Beispiele: wer geglaubt hatte, die illustre Berufungskommission der neben 7 Theologieprofs noch die jeweiligen Abteilungsrechtsaußen Ermecke (kath. Theologie), Wertenbruch (Jura) und in Vertretung von Papalekas Pankoke (Sowi) sowie der Philosoph Kimmerle und einige studentische „Gäste" angehörten, würde zu Beginn ihrer Tätigkeit wenigstens die alles entscheidende Frage klären, ob denn nun „christliche Gesellschaftslehre" soziologisch angereicherte Theologie oder theologisch verbrämte Soziologie sei, wurde herb enttäuscht.

Was bei diesem Stadium der Verhandlungen herauskam, waren markige Parolen wie:

- „Wer an der Abt. 1 arbeitet, muß auch Theologe sein"
- **„Christliche Gesellschaftslehre ist Theologie!"**
- „Im Bereich des Lehrstuhls sollen bestimmte Probleme, wie z. B. das der Pille, wertfrei untersucht werden ..."

Nach dieser aufschlußreichen Festlegung der Kriterien war denn auch der Durchgang der 14 Bewerber eher eine mittelmäßige Kabarettvorstellung als eine „wissenschaftliche" Prüfung. Dabei fielen zwangsläufig Zitate, die weit über den Rahmen der Abteilung hinaus Heiterkeit erregen dürften. Nach der Festlegung der Grundfragestellungen „Kennt jemand den Bewerber?" oder „Hat jemand das Buch des Bewerbers gelesen?", erfolgten so profunde Erkenntnisse wie: **„Ihm fehlt der theologische Anstrich"** (Ermecke über B.), „er ist eher soziologisch als theologisch orientiert" (derselbe über K.), **„Seinem Vetter gehört die Trinkhalle auf dem Aspei"** (Kimmerle über B.) **„Er** (der Bewerber G.) **mutet einem manchmal an, na ja, auf jeden Fall nicht wie ein Mann, der für diesen Lehrstuhl in Frage kommt."**

Die Bewerbung eines fortschrittlichen Pfarrers wurde von dem BFdW-verdächtigen Prof. Schreiber mit der Bemerkung abgetan, sie sei „wohl ein Witz", während Ermecke den späteren Spitzenkandidaten (ein erzreaktionärer Kirchenmann) mit „ein ernstzunehmender Mann" titulierte, und die 3. Sitzung begann mit der Frage: „Wer kann noch etwas über Herrn B. sagen?", worauf der Prof. Hornig als wichtigstes Moment anführte **„er ist noch sehr jung".**

Da man durch diese Gaudi zwar eine sog. „wissenschaftliche Diskussion" führte, effektiv aber nicht vorankam, fielen denn auch die eigentlichen Entscheidungen nicht in der Pseudoöffentlichkeit der Kommissionssitzungen, sondern bei trauter Plauderei im Lottental oder am Telefon, wofür die Odysseen der einzelnen Bewerber vom absoluten Spitzenkandidaten bis zum aussichtslosen Außenseiter oder der unbegreifliche Aufstieg anderer aus den tiefsten Tiefen in die besten Positionen ein lebhafter Beleg sind.

Fragt nun jemand, wie es wohl kommt, daß sich die Profs so unglaubliche Blöße geben, so ist die Antwort allein in der „Vertraulichkeit" der Sitzungen zu suchen. So beginnt das Protokoll der 3. Sitzung etwa mit den bezeichnenden Worten: „Der Vorsitzende terminiert die Sitzung auf 17 Uhr. Er verweist auf die Vertraulichkeit der Sitzung. Da es zur Verhandlung auswärtiger Gutachten kommt, ist die Vertraulichkeit besonders zu wahren, da die Gutachten strenger Vertraulichkeit unterliegen".

Diese Geschichte ist jedoch nicht nur ein sicher sehr nett zu lesendes Histörchen aus dem Uni-Alltag, sondern macht anschaulich klar, wie es um den vielbeschworenen „Kampf in den Gremien" (wir meinen die von Spartakus und anderen Gruppen so bezeichnete „Mitbestimmung") praktisch aussieht, wie illusionär die Parole „Marx an die Uni" wirklich ist: Entweder die Studenten in den Gremien halten sich an die Vertraulichkeit und degenerieren damit zum bloßen Funktionär (schon jetzt kann man den Spartakus-Boß R. Farle als Prototyp dieses Genres ansehen!) oder sie brechen die Vertraulichkeit und werden dann bei nächster Gelegenheit aus dem betreffenden Gremium ausgeschlossen. Außerdem: wie um Himmels Willen sollen Profs, die in Berufungskommissionen allein stimmberechtigt sind, für marxistische Dozenten stimmen?

Richtig sind eher die Konsequenzen, die der FR ev. Theol. aus dieser Angelegenheit zog: Durch die Veröffentlichung eines Infos erreichte er ein breites Interesse unter den Studenten (schon nach dem 1. Erscheinungstag wurde eine Neuauflage fällig), den der Lächerlichkeit preisgegebenen Profs blieb nichts anderes übrig, als die 3 Spitzenkandidaten zum Vorsingen nach Bochum einzuladen, was natürlich — da das der FR schon 14 Tage vorher getan hatte — reine Nachtrabpolitik war.

Wie sehr das Info ins professorale Wespennest gestochen hat, zeigt ein Brief, den der rechte Prof. Schreiber an seine lieben Kollegen versandte: „Gestern erhielt ich das Flugblatt der Roten Zelle Theologie und des Fachschaftsrats „die berufungsfarce", in dem die Vertraulichkeit der Kommissionssitzungen mit dem Effekt der Diffamierung durchbrochen wird. Aufgrund dieses Vorgangs bitte ich die Fakultät, **die Vertreter der Studentenschaft von allen der Vertraulichkeit unterliegenden Personaldebatten auszuschließen,** bis der auf S. 1 des Flugblattes zitierte Beschluß der Fachschaftsvollversammlung aufgehoben ist und die Studentenvertreter in der Fakultät zu Protokoll erklären, daß sie in Zukunft im Streit der Meinungen die Rechte ihrer Mitmenschen ebenso achten, wie sie für ihre eigenen Rechte kämpfen. **Meine Bitte ist nach dem zuletzt Gesagten theologisch begründet:** Im Gegensatz zu den Vertretern der Studentenschaft, die den „wissenschaftlichen Sozialismus" (Flugblatt S. 9), der im vergangenen Wahlkampf zu SP pauschal als „Lehre von Marx, Engels und Lenin" definiert wurde, zum Maßstab aller Urteile und Kontroversen machen, **möchte ich unsere Zusammenarbeit nach Grundsätzen gestaltet sehen, wie sie jüngst z. B. wieder in dem Jesus-Buch von H. Braun eindrücklich dargelegt wurden.** Das bedeutet praktisch eine genaue Überprüfung der erhobenen Vorwürfe und eventuelle Konsequenzen."

Die Fakultät andererseits — um ihr liberales Image bemüht — drückte sich mittlerweile um jegliche Entscheidung herum. Das Ziel ist klar: die aufgescheuchten Studenten sollen sich erst einmal wieder beruhigen, dann wird man Entscheidungen auf kaltem Wege leichter fällen können. Es wird nun darauf ankommen, auf diese Tricks nicht hereinzufallen!

(Das Info „die Berufungsfarce" ist im Fachschaftsraum GA 8/32 erhältlich!)

Das Provisorium Abt. XIV

. . . aber irgendwie wird alles geregelt

In der Abt. Chemie gibt es zwar Studenten, aber keine endgültige Prüfungsordnung; dort wird zwar studiert, aber ohne Studienordnung. Dafür faßt die Fakultät lieber provisorische Beschlüsse, beispielsweise (sinngemäß) den folgenden am 19. 10. 1971: In ein weiterführendes Praktikum kann nicht aufgenommen werden, wer in dem betreffenden Fach (z. B. Anorganik, Analytik, Organik, physikalische Chemie) einen vorhergehenden Schein nicht erworben oder zwei Klausuren auch in anderen Fächern nicht bestanden hat.

Damit aber die Studenten ob solcher Regelung nicht geschockt werden, wird

- nicht definiert, was weiterführend bedeutet
- der Beschluß nicht bekanntgegeben (was ihn unwirksam macht).

Die Überraschung war daher für Arnulf Heß umso größer, als er erstes (?) Opfer dieser „sinnvollen" Regelung werden sollte. Im ersten Semester hatte er nach eigenen Aussagen gebummelt, im zweiten war er durch Sperrung häuslicher Finanzen zur Erwerbstätigkeit gezwungen. Als er nun einige Versuche in der quantitativen Analyse erfolgreich erledigt hat, bedeutet man ihm, er müsse das Praktikum räumen.

Prof. Bergmann: „Wir haben eine Studienordnung, nach der ist es unmöglich, Sie hier weiterarbeiten zu lassen." Wann werden es die Herren Profs endlich kapieren? Es gibt keine Studienordnung, nur zwei DIN-A-4-Seiten mit einer graphischen Aufstellung von Vorlesungen und Praktika für acht Studiensemester.

Bergmann: „Ja, das meine ich doch! Das gibt's nirgendwo, daß man ohne Scheine in ein weiterführendes Praktikum gehen kann."

Was anderswo ist, kann hier aber nicht von Interesse sein, die Frage lautet, ob solche Regelungen sinnvoll sind.

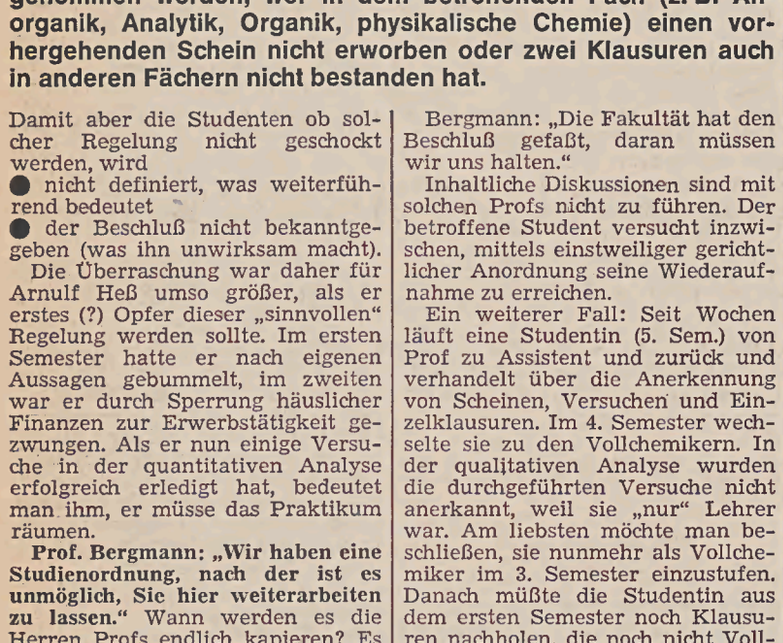
Bergmann: „Die Fakultät hat den Beschluß gefaßt, daran müssen wir uns halten."

Inhaltliche Diskussionen sind mit solchen Profs nicht zu führen. Der betroffene Student versucht inzwischen, mittels einstweiliger gerichtlicher Anordnung seine Wiederaufnahme zu erreichen.

Ein weiterer Fall: Seit Wochen läuft eine Studentin (5. Sem.) von Prof zu Assistent und zurück und verhandelt über die Anerkennung von Scheinen, Versuchen und Einzelklausuren. Im 4. Semester wechselte sie zu den Vollchemikern. In der qualitativen Analyse wurden die durchgeführten Versuche nicht anerkannt, weil sie „nur" Lehrer war. Am liebsten möchte man beschließen, sie nunmehr als Vollchemiker im 3. Semester einzustufen. Danach müßte die Studentin aus dem ersten Semester noch Klausuren nachholen, die noch nicht Vollchemikerpflicht waren, als sie das Lehrerstudium aufnahm.

Einen „Ausweg" bot ihr **Dekan Haas** an: **„BLEIBEN SIE DOCH LIEBER BEI IHREN KOCHTÖPFEN, VERLOBT SIND SIE JA SCHON."**

Bei solchen Professoren kann man das Fürchten lernen. Diese Erfahrung sollte man ihnen aber auch einmal zuteil werden lassen. **Lehrt die Professoren das Fürchten!**



Ostasien ist anders

Wie an der ganzen Uni, so zeigt sich auch an der Abteilung Ostasienwissenschaften (AOW) eine typische Erscheinung: die Spaltung des Mittelbaus in zwei Lager wird immer tiefer. Während ein kleiner Teil einsieht, daß seine Interessen nur auf Grundlage des Aktionskonzeptes von Assistenten und Studenten zu realisieren sind, läßt sich die Mehrzahl, verhetzt von einigen Einpeitschern, in die Ordinarienfront einreihen. Daneben nutzen die Rechten des Mittelbaus auch die unterschiedlichen Interessen der Ordinarien gegen die Studenten aus. Warum diese rechte Einheitsfront?

Wie bekannt ist, hat die AOW als eine von zwei Abteilungen eine genehmigte Satzung, die einstimmig von der Abteilung angenommen wurde. Als es darum ging, die Intentionen der Satzung in die Praxis umzusetzen, zeigten sich zwei Richtungen von sehr unterschiedlicher Zielsetzung: die Studenten erarbeiteten Studien- und Strukturpläne, der Rest schwieg.

Die Angst vor der Verwirklichung der Satzungsinhalte (Durchsichtigmachung der Studiengänge, Demokratisierung der Entscheidungsprozesse, verbindliche Pläne für die Lehrtätigkeit, erhöhter Arbeitsaufwand) bildet die Grundlage der rechten Einheitsfront. Diese Angst treibt kuriose Blüten, deren Begründung auf irrationaler Grundlage erfolgt. („Ich bin besser ..., ich bin mindestens genauso gut wie ..., ich bin doch schließlich Professor für ..., ich lehre seit 40 Jahren ...", „mit dem heutigen Studentenmaterial kann man das nicht ..., die Fachschaft besteht aus Sowjets, mit denen ich nicht spreche ...") Politische Sachverhalte werden in diesen Köpfen auf emotionale Grundlagen reduziert.

Der krasseste Versuch, mit Vorurteilen Politik zu machen, ist der Fall Cheng/Pasierbsky. Dies wird klar an der Situation der chinesischen Sprachausbildung: **Obwohl die Abteilung die quantitativ größte Ansammlung von lebenden (?) Ostasienwissenschaftlern im deutschsprachigen Raum darstellt (!), war man bisher nicht in der Lage, einen qualitativ akzeptablen Sprachunterricht durchzuführen. Großspurige Reklame für einen Katalog von Studienfächern steht in krassem Widerspruch zur miserablen Sprachausbildung der Studenten.** Es ist schon soweit gekommen, daß auch außerhalb Bochums die Nennung dieser Abteilung ein Grinsen hervorruft.

Doch dies wäre nicht berechtigt, wenn man die vorhandenen Möglichkeiten voll ausschöpfte. **Was andere seit Jahren vergeblich versuchen, ist den Herren Cheng und Pasierbsky in wenigen Monaten gelungen: die Ausarbeitung eines modernen Sprachlehrgangs für Chinesisch!** Dieses Buch stützt sich sowohl auf ihre theoretischen Vorarbeiten als auch auf die Unterrichtspraxis im vergangenen Semester und wird zur Zeit als Grundlage des Anfängerkursus verwendet.

Das Problem ist leider nur: die Herren Cheng und Pasierbsky passen nicht in das Konzept der rechten Einheitsfront. **Deshalb soll der Kurs (geplant für zwei Semester) auf Bestreben von Abteilungsmitgliedern mit Unterstützung des Rektors auf sechs Wochen reduziert werden (Nebenklausel in ihren Arbeitsverträgen)! Das bedeutet, daß ein guter Sprachunterricht**

Fortsetzung auf Seite 8

Massen traten auf

Am 9. 11. und 16. 11. hielten die Studenten der Abteilung 8 Fachschaftsvollversammlungen ab. Auf der ersten sollte der neue Fachschaftsrat gewählt werden.

Es erschienen etwa 400 Studenten zu diesen Wahlen, was — trotz aller Kritik am alten Fachschaftsrat — davon zeugt, daß er es verstanden hatte, den Studenten der Sozialwissenschaft die Probleme ihrer Abteilung politisch zu vermitteln und das schon erlahmende politische Interesse wieder neu zu entfachen.

Der neu gewählte Fachschaftsrat setzt sich zusammen aus einem Unabhängigen, zwei Genossen des KSB/ML-Abteilungskollektivs und drei Mitgliedern der SAG-SOWI. **Der gremienfixierten, reformistischen Politik des Spartakus wurde eine klare Absage erteilt,** was sich auch bei den Wahlen zum einflußlosen **UP-Quasselbunker,** die zu boykottieren die linken Gruppen aufgerufen hatten, wieder zeigte: **Wahlbeteiligung unter vier Prozent!**

Die Vollversammlung am 16. 11., ebenfalls massenhaft besucht, wählte die studentischen Vertreter zur Abteilungsversammlung, in der zusammen mit den Vertretern der Professoren- und Assistentenschaft die Abteilungssatzung ausgearbeitet wird. Die Studenten und Assistenten hatten bereits einen gemeinsamen Entwurf vorgelegt.

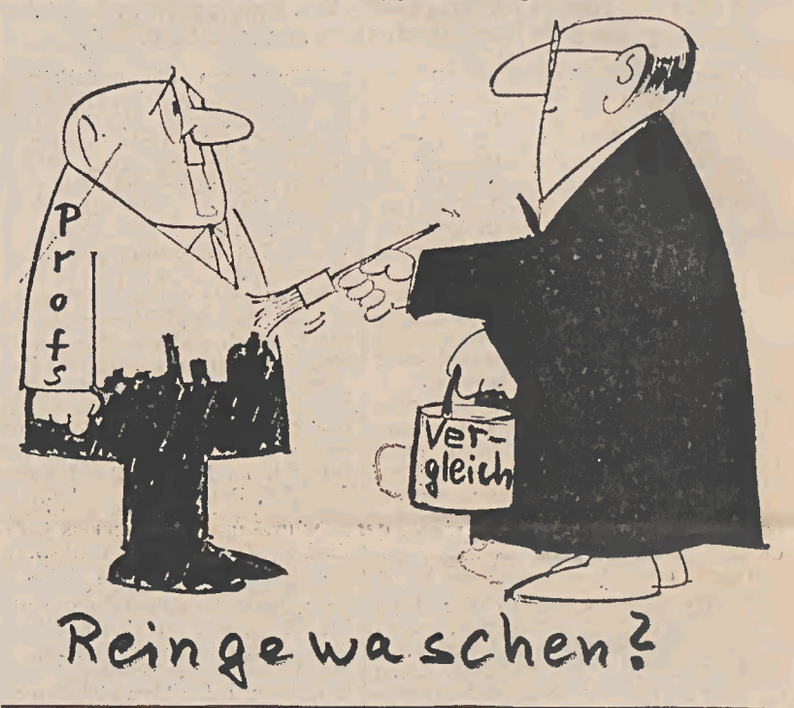
Zweites Zentralthema der Vollversammlung war der Bericht des Fachschaftsrats über den Prozeß gegen vier Lehrende der Abteilung wegen übler Nachrede, Verleumdung, Beleidigung usw. Der Fachschaftsrat hatte Widerrufsklage gegen die vier Herren gestellt, die zu Ende des Sommersemesters über nahezu alle bürgerlichen Massenmedien **übelste Studentenhetze** betrieben hatten.

Der Richter natürlich — denn jedes Recht ist neutral — wollte beide Parteien zu einem Vergleich bewegen.

Argument: Man muß doch schließlich an der Abteilung zusammenarbeiten blah, blah ...

Frage nur: wie können Rote und Braune zusammenarbeiten?

Ergebnis: Prozeß ans Kammergericht übergeben.



BSU und reaktionäre Profs bilden Phalanx

Am Dienstag, dem 16. November, fand die Jura-Vollversammlung statt, die mit 230 Mitgliedern beschlußfähig war, nachdem die eine Woche früher angesetzte VV mit nur 80 Leuten mangels Beschlußfähigkeit aufgelöst werden mußte. Die beiden Hauptpunkte auf der Tagesordnung waren der Rechenschaftsbericht des alten Fachschaftsrates und die Neuwahl.

Genau hier setzte die Polemik der BSU an, die sich mit immerhin zwei Leuten (den Brüdern Weyler) an der Abteilung Jura neu aktiviert hatte. Im Zusammenhang mit dem Bericht des Finanzreferenten, der auch die Finanzierung einer mehrseitigen Ausgabe der Fachschaftsmitteilungen aufführte, in der der FS-Rat, die SAG und deren Politik voll unterstützte und zur Wahl dieser Gruppe aufforderte, kam es zur Diskussion um das politische Mandat.

Der Fachschaftsrat ist nicht nur laut Satzung ein politisches Organ; seit fünf Semestern werden von der VV die Kandidaten der Roten Zelle Jura aufgrund des Programms und der Politik der Roten Zelle in dieses Organ gewählt. Die Erfüllung der quasi gewerkschaftlichen Funktion eines Fachschaftsrates und dessen konkrete Politik ist nur möglich in Zusammenarbeit mit einer an der Abteilung arbeitenden politischen Organisation.

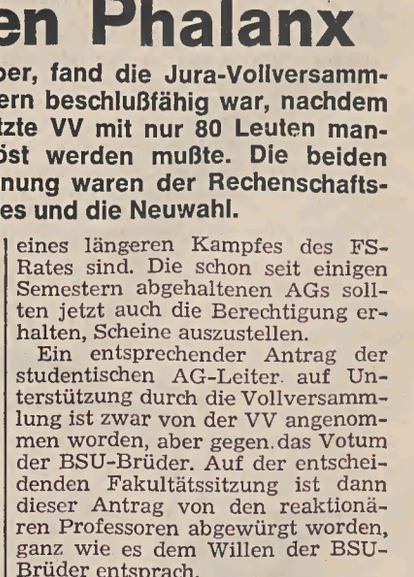
Das aber bedingt auch, daß der FS-Rat die politische Gruppe unterstützt, der seine Mitglieder angehören und mit der er zusammenarbeitet, weil deren Politik die konkreten Interessen der Studierenden vertritt.

Die BSU-Brothers aber kämpften mit allen Mitteln der Polemik und Verleumdung gegen diese Konsequenz des politischen Mandats und erreichten schließlich, daß der FS-Rat gerügt wurde, weil er die Kandidaten und die Politik nur von einer politischen Gruppe unterstützt hatte. Wenige Tage später erklärten sie in zynischer Weise in ihrem Lügenblatt Contrapunkt, daß sie niemals gegen ein politisches Mandat sprechen würden, denn das würde ja heißen, **studentische Abteilungspolitik** zu verneinen; allerdings bestehe dieses „politische" Mandat der gesamten Fachschaft gegenüber, was wohl heißen muß, daß ein solcher FS-Rat sämtliche Gruppen, auch die BSU unterstützen soll.

In der weiteren Diskussion ging es um die studentischen Arbeitsgemeinschaften, die das Ergebnis eines längeren Kampfes des FS-Rates sind. Die schon seit einigen Semestern abgehaltenen AGs sollten jetzt auch die Berechtigung erhalten, Scheine auszustellen.

Ein entsprechender Antrag der studentischen AG-Leiter auf Unterstützung durch die Vollversammlung ist zwar von der VV angenommen worden, aber gegen das Votum der BSU-Brüder. Auf der entscheidenden Fakultätssitzung ist dann dieser Antrag von den reaktionären Professoren abgewürgt worden, ganz wie es dem Willen der BSU-Brüder entsprach.

Die Neuwahl zum FS-Rat brachte dennoch einen Erfolg für die SAG und die Rote Zelle. Ihre Kandidaten bekamen zwischen 4 und 10 Gegenstimmen, die beiden BSU-Brüder aber 53 und 56, was zu diesem Zeitpunkt der Mehrheit der Vollversammlung entsprach. Trotzdem hatten beide die Stirn, gegen die Mehrheit der VV die Wahl dennoch anzunehmen. **Der Gipfel des Zynismus war ihre Feststellung, daß ein Nicht-Annehmen der Wahl bedeutet hätte, daß sie das von der Vollversammlung gegebene Mandat (!) verleugnen würden.**



Freude in dem Freundschaftslager

Eine grundlegende marxistische Kritik an den Staaten, die sich unsre Freunde von der DKP und dem Spartakus zum großen sozialistischen Vorbild erkoren haben, hätte anzusetzen an der Warenproduktion in diesen Staaten, an der Fetischisierung der Ware Geld, hätte nachzuweisen, daß Erwirtschaftung eines Nettogewinns nichts anderes ist als Profitmaximierung, hätte von daher zu erklären, warum kapitalistische Organisationsmethoden des Arbeitsprozesses übernommen werden — die Arbeit in den Fiat-Werken in der SU ist genauso organisiert wie bei Fiat in Turin, wo die Arbeiter schon regelmäßig auf den Putz hauen, weil die Art und Weise der Arbeit auf die Dauer nicht zu verkraften ist — warum auch in der Verteilung des Nettogewinns die Unterschiede immer größer werden, nach welchen Kriterien knappe Produkte verteilt werden — Intershop, Funktionärsprivilegien, Genossen aus dem Westen usw. — warum die polytechnische Erziehung mehr und mehr aufgegeben wird, warum eine gegen proletarischen Internationalismus gerichtete Außenpolitik betrieben wird — so sind unter anderem die spanischen Kommunisten hocherfreut über die Erdöl- und Erdgasleitungen, die die SU dem Franco-Regime baut, ebenso wie die griechischen Genossen darüber, daß die SU zu den ersten Staaten gehörte, die sich um das Wohlwollen der Faschisten in Athen bemühten usw. Und von der Fetischisierung der Kategorie Ware aus könnten auch die Vorfälle im FDJ-Freundschaftslager erklärt werden, wobei dies aber den Rahmen einer Massenzeitung sprengen würde. So müssen wir uns hier zunächst beschränken auf einen die Ursachen nicht erklärenden, sondern nur die Vorfälle darstellenden Bericht:

An diesem „Internationalen Freundschaftslager", das während der Ferien in Thüringen stattfand, nahmen etwa 400 FDJ-Mitglieder und etwa 600 westdeutsche Jugendliche, davon rund 550 SDAJ-Mitglieder, teil. Student S. und seine Frau, beide Sozialisten, beide nichtorganisiert, wollten einmal sehen, was an der Kritik an der DDR und anderen Ostblock-Staaten eigentlich dran sei. Sie besuchten dieses Lager.

Demokratischer Zentralismus

Dem Lager stand ein vorher bestimmter Lagerrat aus FDJ- und SDAJ-Funktionären vor, der weder abgewählt noch kontrolliert werden konnte. Als sich Kritik an dessen Praktiken erhob, erklärte er, man sei zwar zur Diskussion über Beschlüsse bereit, aber zu ändern sei sowieso nichts an ihnen.

Der SDAJ-Landesvorstand/NRW erklärte dazu: Lagerratsbeschlüsse werden durchgeführt, auch wenn das gesamte Lager dagegen stimmen würde. Und weiter: Das ist demokratischer Zentralismus, alles andere ist Formalismus und Demokratismus.

Schutzmaßnahmen

Als Schutzmaßnahme (für und gegen wen?) war das ganze Lager eingezäunt. Während der ersten Tage patroullierten Vopos um das Lager, um DDR-Bewohner von ihm abzuhalten. **An den Eingängen zum Lager stand die ganze Zeit eine Lagerwache, das Lager konnte nur mit speziellen „Lagerausweisen" betreten werden.**

Im Lager selbst existierte eine „Lagermiliz", deren Existenz mehr oder weniger zufällig bekannt wurde und deren Aufgabe offensichtlich darin bestand, die Durchsetzung von Lagerratsbeschlüssen, notfalls mit Gewalt (s. u.) durchzuführen.

Den Gastwirten im nahen Eisenach war auferlegt worden, während der Dauer des Lagers auch Langhaarige zu bedienen — es könne sich diesmal schließlich um westdeutsche Besucher handeln.

Sozialistische Moral

Daß die im Inserat angekündigten Bungalows nur aufpolierte Blockhütten waren, ausgestattet mit jeweils 10 Jugendherbergsbetten, 2 Stühlen und 1 Tisch, ging noch an. Und das Gebot des getrennt-geschlechtlichen Schlafens konnte man ja unterlaufen, d. h., einfach nicht beachten. Doch als auch Mitglieder der FDJ Gefallen am Miteinanderschlafen in den Hüten fanden, wurde es dem Lagerrat zu dumm. Es wurde nach wenigen Tagen für alle Lagerteilnehmer — auch für Ehepaare! — strikt verboten. Empfehlung der SDAJ-Häuptlinge: „Geht doch in die Wälder!"

All das lief im Lager unter „sozialistischer Moral". Kritischen Fragern wurde erklärt, nach 1945 gäbe es in der DDR die „neuen Menschen", und die „sind anständig erzogene Leute".

Nicht grundlos entstand im Lager sicherlich die Vermutung, im abendlichen Tee befände sich Hormon-Bremser, sogenannte Antisex-Mittel, damit keiner auf dumme, d. h. sexuelle Gedanken käme. Der Lagerrat bestritt dies zwar energisch, doch schließlich hieß es: Ab jetzt kommt nichts mehr in den Tee.

Sozialistisches Eigentum

In den Blockhütten sollte das Rauchen unterbleiben oder zumindest stark eingeschränkt werden. Begründung: Es gelte, „sozialistisches Eigentum" zu schützen. Andererseits wurde alles, was beim üppigen Abendessen nicht vertilgt wurde, Butter, Wurst und andere Lebensmittel, zusammen mit Konservendosen und sonstigem Abfall in Mülltonnen geworfen. Kritik daran wurde mit dem Hinweis auf technische Schwierigkeiten beantwortet, außerdem werde der Abfall an die Schweine verfüttert. Erst nach etwa zwei Wochen wurde diese Praxis eingestellt.

Konsum gegen Devisen

Das Essen im Lager war ausgesprochen gut. Daß es aber ausschließlich dazu da war, den westdeutschen Gästen zu imponieren, wurde klar, als ein Mädchen, FDJ-Mitglied, beim Auftischen von Bananen sagte, solches Obst habe sie schon seit Monaten nicht mehr gesehen.

Auch die im beim Lager gelegenen Intershop angeboteten Waren (Westwaren wie Zigaretten, Alkohol, Schokolade) gab es in reichlicher Auswahl und guter Qualität, allerdings nur gegen Westgeld, also nicht für Lagerteilnehmer aus der DDR.

Bücher, die in der DDR zugegebenermaßen sehr billig sind, gab es im Lager sogar zum halben Preis, aber wiederum nur für westdeutsche Teilnehmer.

West-Privilegien

Daß alles getan wurde, den westdeutschen Gästen ein „sozialistisches Musterland" vorzugaukeln, ist bereits klar geworden (siehe „Konsum"). Die Privilegierung der Gäste ging soweit, daß ihr ziemlich großer Buskonvoi auf allen Straßen Vorfahrt hatte. Die Busse, ob sie nun zu zweit oder zu 18 Bussen fuhren, wurden von Vopo-Krädern begleitet, die den normalen Verkehr stoppten und Überholmanöver unterbanden.

In der Praxis sah es also so aus, daß Arbeiter, die auf dem Heimweg waren, am Straßenrand auf die Vorbeifahrt des Konvois warten mußten oder, wenn sie die gleiche Richtung fuhren, hinter ihm herschleichen mußten.

Der Zorn der Bevölkerung über dieses Bevorzugung ging soweit, daß in der Nähe des Lagers ein langhaariger DDR-Jugendlicher tätlich angegriffen wurde, weil er für einen Westdeutschen gehalten wurde.

Kinder-Erziehung

In der LPG Friemar besichtigten Lagerteilnehmer eine Kinderkrippe. Positiv fiel auf die reichliche Ausstattung mit Spielzeug für die dort betreuten Kinder. Andererseits war jedoch nur eine Frau des Personals pädagogisch ausgebildet, und gerade diese war am Tag der Besichtigung nicht anwesend.

Dementsprechend fand die „Erziehung" in der Kinderkrippe nach Stundenplan statt. Auf dem war nicht nur verzeichnet, wann die Kinder morgens ankamen und wann Essen ausgegeben wurde, sondern auch zu welchem Zeitpunkt sie kollektiv auf den Topf mußten.

Die Folgen der Kritik

Lagerteilnehmer S., der teilweise heftige Kritik an den Zuständen im Freundschaftslager geübt hatte, verwickelte den Bürgermeister der LPG Friemar in eine Diskussion über die seines Erachtens mangelhaften Erziehungsprinzipien in der Kinderkrippe. Daß er dies gewagt hatte, wurde ihm von SDAJ-Mitgliedern besonders stark angekreidet. **Sie überlegten schließlich, ob man S. nicht in einen Teich werfen sollte. Eine andere Maßnahme, die erwogen wurde, war, ihn nachts aus seiner Hütte zu holen und mit kaltem Wasser auf den rechten Weg zu bringen.**

Ein wahres Spießrutenlaufen wurde für S. jedoch der Lageraufenthalt, als im Lager kolportiert wurde, er sei ein CDU-Spitzel. Deshalb und wegen der ausgestoßenen Drohungen wandte S. sich an den Lagerrat mit der Bitte, ihm und seiner Frau ein abschließbares Zimmer zuzuweisen — das es angeblich nicht gab.

Auch die Bitte um Distanzierung von den Gerüchten durch den Lagerrat wurde abgelehnt, da man so etwas „nicht ins Lager tragen" wolle. All das veranlaßte S., seine vorzeitige Abreise aus dem Lager anzukündigen. Doch dies war nicht so leicht, wie er es sich vorgestellt hatte. Als er sonntags seinen Entschluß den SDAJ-Häuptlingen mitteilte, wurde ihm die Ausreise für den nächsten Tag zugesagt, dann jedoch wurde diese Zusage mehrfach widerrufen.

Am folgenden Montag, man hatte an diesem Tag eine „antifaschistische Kundgebung" in Buchenwald durchgeführt, beschlossen S. und seine Frau, die nächste Nacht gemeinsam zu verbringen — wenn man sie nicht abreisen ließe, würde man sie so vielleicht wegen Verstoßes gegen die Lagerordnung rauswerfen. Kurz vor Mitternacht tauchte plötzlich ein junges Mitglied der SDAJ, das man vom Biertisch weggeholt hatte, auf und erklärte in seiner Eigenschaft als „Chef der Lager-Miliz", solches Treiben (Mann und Frau in einem Bett) müsse unterbleiben. Die Weigerung von S., dieser Aufforderung nachzukommen, hatte zur Folge, daß sich 5-6 Jugendliche auf ihn und seine Frau stürzten und sie samt Bett aus der Hütte schleppten.

Faustschläge

Am folgenden Morgen suchte das SDAJ-Bundesvorstandsmitglied M. Rosenberg S. auf und warf ihm vor, die nächtliche Aktion sei seine eigene Schuld. Als S. darauf meinte, die dort gezeigte Verhaltensweise sei die von potentiellen Faschisten, bewies Rosenberg seine Schlagfertigkeit. **Seine Antwort war ein Faustschlag ins Gesicht, dem er unter dem Beifall der Zuschauer noch einen weiteren folgen ließ.** Daß sei der Beweis dafür, so Rosenberg, daß „die Arbeiterklasse im richtigen Moment zuschlagen kann." Ein SDAJ-Mitglied gab aus Protest gegen dieses Verhalten seinen Mitgliedsausweis zurück.

Erst jetzt, um weiteren Ärger zu vermeiden, und nach Intervention der FDJ, bekam S. seine Ausreisepapiere. Auf eigene Kosten ließ man ihn nach Hause fahren: „Ideale Ferien" in der DDR waren beendet.

S. hat darauf verzichtet, die Vorgänge im „Freundschaftslager" in der bürgerlichen Presse breitzutreten, da sie dort nur dazu gedient hätten, Antikommunismus zu predigen. In den bürgerlichen Massenmedien wird selbstverständlich nicht zur Kenntnis genommen, daß zwischen dem Revisionismus der DDR und dem Sozialismus Chinas und Albaniens himmelweite Unterschiede bestehen. Die Verhältnisse in der DDR, die — wie auch aus diesem Bericht hervorgeht — durchaus bürgerliche sind (nicht nur im Überbau sondern auch in gewissen Erscheinungsformen der Basis) werden immer wieder dazu benutzt, antikommunistische Ressentiments am Leben zu halten.

Symptomatisch ist das Verhalten der BRD-Revisionisten der SDAJ. Kritik an der DDR wird natürlich von „CDU-Spitzeln" geübt, konsequent ist also auch ihr Wunsch, marxistisch-leninistische Parteien („maoistische Gruppen") in der BRD zu verbieten.

Der Bericht über das „Freundschaftslager" kann natürlich nur Ausschnitte aufzeigen, die aber symptomatisch sind für einen revisionistischen Staat. Sie haben nicht die gleiche Aussage und Beweiskraft wie die Ermordung polnischer Arbeiter im letzten Winter oder die „Bruderhilfe" der Sowjetunion für die CSSR, doch können auch sie dazu dienen, klar zu machen, was revisionistische Entartung in einem Staat, der einmal auf dem Weg zum Sozialismus war, bedeutet.

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

RENAULT

C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

Elterngruppe

die ab Mitte Dezember ihre Kinder gemeinsam (abwechselnd) betreuen will, kann noch zwei Kinder (ca. 2½jährig) aufnehmen. Raum und Betreuerin sind schon vorhanden.

Interessenten bitte Nr. 71 31 12 anrufen!

Fertilitätshemmung beim Manne

Probanden z. klin. Erprobung v. fertilitätshemmendem Injektionspräparat gesucht. Wöchentlich eine Injektion.

DM 50,– pro Injektion.

Dr. Mauß
Tel. Essen 79 91 25 81,
Mo. – Fr., 14.00 – 17.00 Uhr

Alte und neue Revisionisten

Zwischen der SPD der 20er Jahre und der DKP heute lassen sich einige frappierende Gemeinsamkeiten feststellen, was Parolen, Forderungen und Wege zum Sozialismus anbetrifft. Die Strategie der Weimarer SPD war nicht mehr auf Überwindung des kapitalistischen Systems gerichtet, sondern lief auf einen Reformkapitalismus hinaus, der mit Hilfe des von der SPD zu besetzenden Staates ein bißchen sozialer auszusehen hatte als vorher. Der politischen Demokratie sollte die „Wirtschaftsdemokratie" (Naphtali, 1928) folgen, wobei die SPD ebenso oft betonte wie heute, daß man zum Parlamentarismus stehe und auch mit seiner Hilfe die wirtschaftliche „Autarkie" der Unternehmer brechen wolle. Der Klassencharakter des parlamentarischen Systems, das per Gesetz das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht abschaffen, solange solches Privateigentum besteht aber auch keine entscheidende Umverteilung des Sozialprodukts vornehmen kann, wird völlig verkannt..

„Man muß den Kapitalismus nicht brechen, man kann ihn auch biegen", hieß eine Parole der Weimarer SPD. Der „organ. Kapitalismus" sollte „gebogen" werden, indem er mit „demokratischen Kräften durchdrungen" wurde. Das sollte einmal geschehen durch „Staatskontrolle" sprich: SPD-Regierung, und zum anderen durch „Teilnahme von Arbeitern an der Führung der Monopole".

Ansätze solcher „Mitbestimmung" (Reichskohlerat, Kalirat) waren zwar regelmäßig gescheitert, weil entweder die Arbeitervertreter (Gewerkschaftsfunktionäre) eine schlechte Parität hatten oder die Kapitalvertreter das „Mitbestimmungsgremium" über kurz oder lang sabotierten und ihm so jegliche Kompetenzen verlorengingen. Hilflos wurde diese (vorhersehbare) Entwicklung der „Wirtschaftsdemokratie" von den Gewerkschaften und Teilen der SPD als faule Kompromisse, als „Zwitter der Sozialisierung" kritisiert, ohne erkennen zu wollen, daß dieser Weg von Anfang an eine Sackgasse war.

In den „Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP (1970) lesen wir unter These 12: „Die DKP kämpft für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle auf allen Ebenen. Wirksame Mitbestimmung muß vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zur wirksamen Mitentscheidung in der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik reichen." **Es ist wieder vorauszusehen, daß die Mitbestimmungsgremien sich genauso entwickeln werden wie zur Weimarer Zeit.**

Und genauso hilflos ist auch der moralische Appell der DKP im nächsten Absatz: „Die DKP hat bereits in ihrer Grundsatzerklärung unterstrichen: „Mitbestimmung **darf** kein Mittel illusionärer Sozialpartnerschaft oder „Klassenharmonie" **sein.** Sie **muß vielmehr** zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Lebensbedingungen, als Waffe zur **Einschränkung der Macht** des Großkapitals benutzt werden."

„Mitbestimmung darf kein Mittel illusionärer Sozialpartnerschaft oder ‚Klassenharmonie' sein. Sie muß vielmehr zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Lebensbedingungen ... benutzt werden", **nur sind für die Erfüllung dieser frommen Wünsche die objektiven Bedingungen nicht vorhanden.** „Mitbestimmung" als zentrale Forderung wird wieder in die Sackgasse führen.

Auch zum Weimarer Revisonismus, der den Kapitalismus „biegen" wollte, liefert die DKP das Pendant. „Das Monopolkapital" soll „immer weiter" „schrittweise zurückgedrängt" und „schließlich „überwunden" werden (These 10 der DKP).

Der Kapitalismus wird so lange gebogen, bis das Brechen nicht weiter auffällt. Alsdann haben wir die „antiminopolitische Demokratie", die man sich so als totale Mitbestimmung vorstellen kann („demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft"), worauf dann das Aufbauen des Sozialismus folgen kann.

Die Ähnlichkeiten zwischen Weimarer SPD (sowie den Gewerkschaften) und heutige DKP sind in der Tat frappierend. **Hier wie dort immer die Forderung nach noch einem bißchen Demokratie. „Mitbestimmung", „demokratische Erneuerung", hier wie dort die Vorstellung, daß der Kapitalismus häppchenweise überwunden werden könne („biegen", „schrittweise Zurückdrängung der Monopole").**

Gerade aus der Studentenbewegung ist zu lernen, wie prächtig unsere Mitbestimmungsforderungen erfüllt und die Studentenfunktionäre in Gremien integriert und von der Basis isoliert wurden (man vergleiche die klägliche Rolle von Spartakus und BSU im Bochumer Universitätsparlament). **Von „Machtpositionen" und "schrittweiser Zurückdrängung" kann nicht die Rede sein.**

Bei der Kritik am DKP-Revisionismus soll jedoch nicht geleugnet werden, daß Reformen Ansatzpunkte sozialistischer Arbeit sind. Indes kann es nicht darum gehen, für Funktionäre „Machtpositionen" innerhalb kapitalistischer Reformmodelle zu erringen. **Das entscheidende Gewicht sozialistischer Reformstrategie liegt auf den dabei möglichen Bewußtwerdungsprozessen der Basis.**

Das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse zu verschieben, ist gegenwärtig nur möglich durch Vergrößerung des sozialistischen Potentials, durch (ansatzweise) Überwindung des verdinglichten Bewußtseins, das die kapitalistischen Verhältnisse als naturgegeben akzeptiert.

Eine „Basis, die ohne solches Bewußtsein hin und wieder linken Funktionären ihre Sympathie verbal bekundet, nutzt der sozialistischen Bewegung nichts".

Zwar befürworten auch DKP und Spartakus eine Strategie der „Basismobilisierung"; jedoch fristet sie a) neben der Strategie der Erringung von „Machtpositionen und „schrittweisen Zurückdrängung der Monopole" ein Mauerblümchendasein und b) wird eine Aktivierung der Basis geradezu verhindert durch die Anbiederung der DKP an Gewerkschaftsfunktionäre, Sozialdemokraten und sonstige „demokratische Kräfte".

Anmerkung: Der SHB gibt gerne zu, daß das Problem der Reformen noch nicht genügend diskutiert ist; zweifellos ergibt sich aber für Sozialisten ein grundverschiedener Ansatz zu der DKP-Position.
(Für Interessierte an diesem Thema gibt es die „Sozialistische Front" am SHB-Büchertisch in der neuen Mensa).

Politische Entlassungen

Die Kapitalistenklasse schlägt zu. Jetzt, wo die Arbeiterklasse sich wieder zu regen beginnt, wo sie auch ohne „Unterstützung" der Gewerkschaften, die längst nicht mehr ihre Interessen vertritt, Streiks entfacht, müssen die Kapitalisten mit Drohungen und Repressionen gegen Arbeiter vorgehen. Bei Opel in Rüsselsheim wurden nach einer Belegschaftsversammlung 15 Arbeiter entlassen, um ein „Exempel zu statuieren".

Die BSZ druckt einen Entlassungsbrief der Rüsselsheimer Geschäftsleitung ab, der deutlich erkennen läßt, daß es die Angst vor der erwachenden Arbeiterklasse ist, die solche Repressionen verursacht.

„Sehr geehrter Herr . . .!

Wie wir feststellen, gaben Sie am 7. 10. auf der Betriebsversammlung als Diskussionsredner folgende Erklärung ab: ‚Kolleginnen und Kollegen! Jetzt stehen wir da und warten auf unsere Gewerkschaft und erwarten, daß sie die Lügen entlarvt. Aber was geschieht? Nichts! Und wenn das so weitergeht, müssen wir, wie im vorigen Jahr, den Arbeitskampf in unsere Hände nehmen. Dann, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir wie 1970 unsere eigenen Forderungen stellen, und das sind 15%. Außerdem haben wir im vorigen Jahr nur deshalb aufgehört zu streiken, weil wir für dieses Jahr fest mit dem 13. Monatslohn gerechnet haben. Auch das gehört zu unseren Forderungen. Und dafür, Kolleginnen und Kollegen, wird sich ein Arbeitskampf lohnen.'

Diese vorstehenden Äußerungen, die auf den im vorigen Jahr geführten wilden Streik verweisen und den Hinweis enthalten, wenn das so weitergehe, wie im vorigen Jahr zu handeln, stellen einen schweren Verstoß gegen die Betriebsordnung und ihre arbeitsvertraglichen Pflichten dar. Wir kündigen daher Ihr Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist zum 13. November 71. Wir stellen Sie ab sofort unter Fortzahlung des Lohnes während der Kündigungsfrist von der Arbeitsleistung frei und untersagen Ihnen, das Werksgelände zu betreten.

Hochachtungsvoll, A. Opel AG"

Streikende Metallarbeiter — die Kapitalisten lernen das Fürchten.

Der Aufbau des Sozialismus in Albanien

Zum 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Das Dorf Borshi liegt im südlichen Albanien am Meer. Es wurde 1914 von den Griechen niedergebrannt, 1943 von den Italienern und 1944 von den Deutschen. 19 Dorfbauern fielen als Partisanen; 95% der Bevölkerung waren an Malaria erkrankt, Tbc und Syphilis waren weit verbreitet; die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 33 Jahren. Heute ist das Sumpfgelände entwässert, das Dorf ist kollektiviert und erfreut sich steigenden Wohlstands. Die Lebenserwartung ist auf 66 Jahre gestiegen. Die Albaner sind ein kleines Volk mit eigener Sprache, Geschichte und Kultur. Dennoch war ihr Weg zur Bildung einer Nation lang und schwierig. Seit 2500 Jahren kannte das Volk nur Kriege und Eroberungen. Jedesmal, wenn die Bildung einer Nation historisch möglich wurde, machten fremde Eroberungen dies zunichte. Doch das albanische Volk hat alle Völkerwanderungen, Invasionen und Imperien überlebt. Es wurde niemals völlig unterjocht. In Armut und Elend hatten die Bergclans ihre Waffen und eine gewisse Selbständigkeit behalten — eine Folge davon war, daß kein Fremder — am allerwenigsten Beamte — sich in die Berge wagte.

1938 war Albanien eine Halbkolonie, die 1939 durch das faschistische Italien völlig besetzt wurde. Im Krieg fielen 2,5 % der Bevölkerung, jedes dritte Haus wurde zerstört. Dennoch gelang es Albanien als einzigem europäischen Land, sein Territorium mit eigenen Streitkräften völlig zu befreien. Dieser Sieg wurde durch den Sieg der Sowjetarmee ermöglicht. Am 29.11. 1944 waren die letzten deutschen Truppen vertrieben. Die Nationale Befreiungsarmee bestand aus 70 000 Mann, Enver Hoxha war damals Ministerpräsident der provisorischen Regierung.

Die KP Albaniens, von Anfang an die einzige albanische Partei, wurde 1941 gegründet. 1943 hatte sie 709 Mitglieder. Damals stellte sie sich die Aufgabe: „Die erste Frage, die aufgegriffenen werden muß, ist die Staatsmacht ... die Errichtung von Nationalen Befreiungsräten überall ... Es darf keine Zweideutigkeiten geben — eine andere Macht als die des Nationalen Befreiungsrats darf es nicht geben."

Die nationale Befreiung bedeutete gleichzeitig die soziale Revolution. **Die Macht ging in die Hände des Volkes über, als der Staat der Feudalherren, der ausländischen Lakaien und der Bourgeoisie völlig zerschlagen wurde.** Heute, während des Aufbaus des Sozialismus, geht die Revolution weiter.

Einige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg hatten die sowjetischen Führer Albanien davon abgeraten, Raffinerien im Land zu bauen: **Albanien sollte vielmehr eine Art neuer Kolonie werden: Spezialist für Zitrusfrüchte.** Dadurch, daß die Raffinerien dennoch gebaut wurden, ist Albanien heute in der Lage, Fertigprodukte aus Rohöl zu exportieren.

1960 wollte die neue herrschende Klasse der Sowjetunion Albanien wirtschaftlich in die Knie zwingen — sie zog alle sowjetischen Techniker ab. Diese nahmen Planzeichnungen, Karten und Resultate der geologischen Untersuchungen mit sich. Viele große Projekte mußten aufgeschoben werden, doch die albanischen Arbeiter und Techniker machten sich selbst an die Lösung der Probleme.

Die Arbeiterklasse übernahm die Führung auf allen Gebieten und vermochte aus ihren Reihen die benötigten Techniker hervorzubringen. **Die sowjetischen Revisionisten verrechneten sich: Die Maßnahme, die darauf abzielte, Albanien zu schaden und zu einem gefügigen Mitglied des sozialimperialistischen Reiches zu machen, half dem albanischen Volk, auf eigenen Füßen zu stehen.** Die sozialistische Volksrepublik China unterstützte die Albaner mit zinslosen Darlehen und mit Technikern. Diese leben aber nicht wie sonst „ausländische Experten", sondern unter den gleichen Lebensbedingungen und mit dem gleichen Lohn wie die Albaner. Die chinesische Hilfe erwies sich als sehr bedeutsam, da zu der Handelsblockade, die die USA seit langem über Albanien verhängt hatte, die Blockade der Sowjetunion hinzukam. Der Einsatz des albanischen Volkes überstand die ökonomische Kriegsführung, die schwerste Periode ist heute überstanden.

Die Industrialisierung macht riesige Fortschritte, aber sie soll nicht dazu führen, daß das Land in großstädtische Ballungszentren und ländliche Abwanderungsgebiete zergliedert wird. Ein Mitglied der Planungskommission: „Wir betrachten uns die Entwicklung in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. Wir wollen nicht, daß Albanien so aussieht. Das Problem der schwachbesiedelten Gebiete in Italien, Jugoslawien und der Sowjetunion ist das Resultat einer volksfeindlichen Politik."

In allen Bereichen, nicht nur in dem der Ökonomie, wird der Aufbau des Sozialismus vorangetrieben. Vor dem Krieg waren 80 % der Albaner Analphabeten. Nach der Befreiung wurde der Schulbesuch für alle Kinder obligatorisch und kostenlos — 1955 war das Analphabetentum ausgerottet. 1968 ging man daran, die Gestaltung der Schule zu diskutieren, das ganze Volk beteiligte sich daran — anschließend wurde die Schulreform durchgeführt.

In den Universitäten werden keine technokratischen Fachidioten ausgebildet, die Arbeitskollektive entscheiden, welcher Student sich in der Produktion bewährt hat und damit fähig ist, **ein Studium durchzuführen, das tatsächlich dem Volk Nutzen bringen kann.** Alle Kader werden in bestimmten Zeitabständen auf andere Posten versetzt, damit niemand Kalk ansetzen kann. Jeder kann in Wandzeitungen Kritik an Funktionären in Staat, Partei und Organisationen üben — der Kritisierte ist verpflichtet, binnen drei Tagen **Stellung zu nehmen.**

Eine albanische Jugendbrigade beim Eisenbahnbau.

Jugendbrigaden

In den Jugendbrigaden kommen Studenten, junge Arbeiter und Bauern zusammen und erhalten somit die Möglichkeit, voneinander zu lernen. Die Arbeit, die die Jugendbrigaden beim Straßen- und Eisenbahnbau, bei der Kultivierung der Berggebiete und beim Anlegen von Olivenpflanzungen leisten, ist nicht an Profitprinzipien ausgerichtet, nach kapitalistischen Maßstäben „lohnt" sie nicht. Sie wird verstanden als politische Aufgabe. Der politische Charakter dieser Arbeit wird erkennbar in den dort stattfindenden Diskussionen, die der Kritik der bürgerlichen Ideologie und Kultur dienen und den Jugendlichen die Fähigkeit verleihen, den Sozialismus noch besser aufbauen zu helfen.

Das Beispiel Albaniens zeigt: Sozialismus ist keine Utopie, sondern Wirklichkeit. Ein relativ kleines Volk hat unter Führung seiner KP allen Angriffen der Imperialisten und Sozialimperialisten widerstanden und den Aufbau des Sozialismus in die eigenen Hände genommen. **Der Sieg der albanischen Arbeiterklasse ist ein Beispiel für alle fortschrittlichen Menschen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.**

Literatur zu diesem Thema: Jan Myrdal: Die albanische Herausforderung, März-Verlag, Frankfurt 1971.

„Roter Morgen" Nr. 13, Nr. 14.

Reisebericht:

Albaniens Frauen

Überall wo ich hinkam, begegneten mir Frauen als Abgeordnete, Parteisekretärinnen, Chemikerinnen, Technikerinnen in den Kommandozentralen automatisierter Produktionsprozesse, leitende Ingenieurinnen in den Projektionsbüros, Fabrik- und Kombinatdirektorinnen, Aktivistinnen und Brigadeführerinnen, Chirurginnen und viele Arbeiterinnen, die von ihren Erfolgen bei der Erfüllung der Pläne sprachen, davon berichteten, wie sie ihre Arbeitserfahrungen an ihre Kolleginnen weitergeben und ihnen helfen, ebenfalls höhere Normen zu erreichen.

Alle wissen, warum sie soviel lernen, arbeiten und vorwärtsstreben: weil der Sozialismus aufgebaut wird und der kommt ihnen zugute! **Es gibt keine Ausbeuter mehr, für deren Profite man schuften muß, es gibt keine nervenzerreibenden Akkordsysteme, es gibt keine Entlassungen oder Wirtschaftskrisen, es gibt keine Unterdrückung der Frau mehr.**

Die Haushaltsarbeit ist ebenso Sache des Mannes geworden, die Kindererziehung wird von der gesamten Gesellschaft in Angriff genommen. Die kleinen gehen in die zahlreichen Kindertagesstätten und Kindergärten, die größeren lernen, Vater und Mutter besuchen neben der Arbeit häufig auch noch Schulen. Aktive, selbstbewußte Persönlichkeiten mit einer allseitigen sozialistischen Bildung, das waren die albanischen Frauen — **ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die die Lüge vom „schwachen Geschlecht" verbreiten, um die Frau von ihrer Schöpferkraft und vom Kampf um ihr Recht abzulenken.**

Portugal plant Erntevernichtung

Portugals Nationalversammlung in Lissabon hat dem Premier Caetano die Vollmacht gegeben, die Grundrechte außer Kraft zu setzen, weil im Lande ein Zustand des Aufruhrs herrsche. „Im Lande" heißt in der Terminologie des südwesteuropäischen NATO-Verbündeten der BRD auch in den Kolonien. Dort vor allem herrscht ein „Zustand des Aufruhrs", nämlich der Freiheitskampf in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau. Die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kap Verdischen Inseln) kontrolliert den größten Teil der Kolonie.

In portugiesischer Hand befinden sich nur noch die beiden größten Städte Bissau und Bafata sowie einige befestigte Orte. Wie Amilcar Cabral, der Vorsitzende der PAIGC, erklärte, ist die PAIGC in der Lage, auch die letzten Festungen der Portugiesen einzunehmen einschließlich der beiden Städte. Zu einer solchen Aktion wird jedoch noch nicht geschritten, weil man erst versuchen will, einen größeren Teil der Bevölkerung in den Städten auf die Seite der PAIGC zu bekommen und so ein Blutbad zu vermeiden.

Ob sich dieser Vorsatz verwirklichen läßt, liegt an der Haltung der Portugiesen, die längst erkannt haben, daß sie ihre Position in Guinea-Bissau nicht halten können. Sie wissen aber auch, daß sie, wenn sie sich aus dieser Kolonie zurückziehen, auch in den beiden anderen afrikanischen Kolonien Angola und Mosambik einem verstärkten Kampf seitens der Befreiungsbewegungen ausgesetzt sein werden.

Im Gegensatz zu Guinea-Bissau sind Angola und Mosambik wegen ihres Reichtums an Rohstoffen und der unter dem Kolonialregime unbeschränkten Ausbeutungsmöglichkeiten der Arbeiter für die Imperialisten sehr wichtig. Deshalb muß auch Guinea-Bissau gehalten werden. Es ist bekannt, daß die Imperialisten zu allen ihnen genehmen Mitteln greifen, wenn sie merken, daß ihre Niederlage unmittelbar bevorsteht.

Guinea-Bissau ist ein weiteres Beispiel dafür: Wie Amilcar Cabral bekanntgab, **wird die Vernichtung der nächsten Ernte mit chemischen Kampfstoffen in der Kolonie vorbereitet. Die Bevölkerung soll ausgehungert werden, weil sie seit langem weiß, daß der Kampf der PAIGC der Kampf des Volkes ist.** Die portugiesische Aushungerungsaktion wird ein harter Schlag für die Bevölkerung sein. Letztlich aber wird sie dazu beitragen, daß das Volk von Guinea-Bissau sich unter der Führung der PAIGC nur noch fester zusammenschließt, um den Kampf siegreich zu beenden.

Afrikanische Freiheitskämpfer bei der Ausbildung.

MANIFESTO

In der Erkenntnis, daß die Völker der Erde solange nicht wirklich frei sein können bis der US-Imperialismus — Weltfeind Nr. I — seiner Macht beraubt ist, erklären wir, daß es unser Ziel ist, die Übel des US-Kapitalismus, Imperialismus und Rassismus zu beseitigen, die zur Unterdrückung der Völker der Welt angewendet worden sind. Im Geiste des proletarischen Internationalismus geloben wir, gegen die bösartige und korrupte Clique mit allen notwendigen und hinreichenden Mitteln zu kämpfen.

Was wir wollen, was wir fordern

1. **Wir wollen, daß alle Farbigen und Unterdrückten vom Militärdienst befreit werden!**
   Historisch gesehen sind farbige und unterdrückte GIs (Mexikaner, Chinesen, Inder, Puerto Ricaner, arme Weiße) als Marionetten und Lakaien benutzt worden, um dem US-Imperialismus zu dienen. Die Geschichte des US-Imperialismus ist die Geschichte des Mißbrauchs seiner unterdrückten Völker zur Unterdrückung anderer Völker. Wir wollen nicht gegen andere Farbige in der Welt kämpfen oder sie töten, in der Weiße wie Farbige und Unterdrückte von der rassistischen, weißen Regierung Amerikas geopfert werden.
2. **Wir fordern Freiheit für alle farbigen und unterdrückten GIs, die in den Fesseln des US-Militärs gehalten werden.**
   Das US-Militär ist eine rassistische und faschistische Institution und sein einziger Zweck ist, den US-Imperialismus zu schützen, so wie die rassistische und faschistische Justiz ein und dasselbe ist. Deshalb hat das Militär kein Recht, irgend jemanden festzunehmen und einzusperren. Die meisten der Gefangenen sind Farbige. Wir fordern, daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden, weil sie keine faire und gerechte Verhandlung hatten.
3. **Wir wollen, daß dem Rassismus im US-Militär ein Ende gesetzt wird. Offiziere und ältere Soldaten schüren den Rassismus innerhalb des Militärs durch Ausbeutung und indirektes Ausspielen der Dienstleistenden untereinander.** Wir fordern, daß alle rassistischen Offiziere und Soldaten degradiert und ihres Amtes enthoben werden.
4. **Wir wollen, daß die Menschen- und Verfassungsrechte aller Männer und Frauen der Armee in politischer Hinsicht unangenehme Pflichten wie Aufruhrkontrolle, Streikniederschlagung und Teilnahme an imperialistischen Aggressionskriegen ablehnen.**
5. **Wir wollen Menschenrechte und Verfassungsrechte für alle Männer und Frauen in der Armee. Wir fordern, daß die KCMJ abgeschafft wird.**
   Alle Männer und Frauen in der Armee sind indirekt Repräsentanten des Volkes. In der US-Verfassung steht, daß „alle Menschen mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind. Dazu gehören Leben, Freiheit und Wohlergehen. Die amerikanische Bill of Rights gibt allen Menschen Redefreiheit, Pressefreiheit, das Recht auf eine faire Gerichtsverhandlung vor einem Gericht von Gleichen, Versammlungsfreiheit und das Recht, organisiert in einer Armee zur Verteidigung des Volkes Waffen zu tragen. Deshalb sollten sie ihre Menschenrechte — und Verfassungsrechte haben.
6. **Wir fordern die Abschaffung des Kastensystems im Militär.**
   Unter dem Deckmantel der militärischen Disziplin sind alle Offiziere und älteren Soldaten in einen höheren Rang gesetzt worden. Die Offiziere und älteren Soldaten sind die Sklavenhalter und die GI Mannschaften haben die Rolle der Sklaven. Deshalb fordern wir die Abschaffung des Kasten- und Klassensystems.
7. **Wir fordern für alle Kriegsgegner und Deserteure freie Rückkehr nach Hause ohne politische Verfolgung.**
   Viele Kriegsgegner haben Babylon verlassen, um sich dem Dienst in der imperialistischen Armee zu entziehen. Viele Deserteure haben wegen rassistischer und faschistischer Unterdrückung die Armee verlassen. Wir fordern für alle politischen Deserteure die Erlaubnis zur sicheren Rückkehr zu ihren Familien und Freunden.
8. **Wir fordern Freiheit für Geronimo, Stellvertreter des Verteidigungsministers, B.P.P., Larry Jackson und alle politischen Gefangenen. Wir fordern Freiheit für alle Babylonier, die ins Exil gezwungen worden sind.**
9. **Wir wollen Freiheit und Selbstbestimmung für alle Staaten der Erde!**
   Wir meinen, daß jeder Staat das Recht hat, seine Institutionen selbst genau zu bestimmen und zu kontrollieren. Daher erklären wir, daß die Staaten der Erde das Recht haben, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Wir fordern den totalen Rückzug der faschistischen und imperialistischen US-Truppen.
10. **Wir fordern Land, Brot, Wohnungen, Kleidung, Gerechtigkeit und Frieden für alle farbigen und unterdrückten Menschen in den Grenzen des dekadenten und faschistischen Amerika.**

Klassenjustiz gegen Farbige

Fortsetzung von Seite 3

— die Frage nach der Rolle des deutschen Verfassungsschutzes. Lippek war vor dem Eintreffen der amerikanischen Genossen von den Insassen eines hellen Volkgswagens darüber verständigt worden.

Diese Punkte, das politisch total verhetzte Klima in Zweibrücken, die ökonomische Abhängigkeit dieser Stadt und ihrer Umgebung von den amerikanischen Streitkräften, die Besetzung des Zuhörerraums im Gericht durch 70—80% Polizisten, lassen nur den Schluß zu, daß hier unerbittliche Klassen- und Rassenjustiz geübt wurde. Larry Jackson wurde in dieser Schmierenkomödie zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, Burrell zu einer Geldstrafe von 2000 DM wegen Verstöße gegen das Ausländergesetz.

Die Resolution von 6000 schwarzen GI's, die die Freilassung von Larry Jackson fordern, der offene Brief von Kathleen Cleaver an das Gericht in Zweibrücken zeigen, gegen wen sich dieses Urteil richtet: gegen eine politische Gruppe, die den Herrschenden in den USA und ihren deutschen Bütteln unbequem ist.

LARRY JACKSON IST UNSCHULDIG!
FREIHEIT FÜR LARRY JACKSON!

Leserbrief

In BSZ Nr. 85 beschreibt jemand, der wohl aus den Reihen der ML stammen muß, in dem Artikel „Das große Spektakel" oberflächlich die Abwiegelungsstrategie der IG-Metall-Spitze. Er gebraucht dabei Begriffe wie „der reaktionäre Dreibund von Kapital, SPD-Regierung und Gewerkschaftsapparat" und spricht von „verräterischer Politik" der IGM-Funktionäre, die „aus der engen Verbindung zu Staatsapparat und Kapitalisten" resultiere. Ich schließe daraus, daß der Verfasser von der verhängnisvollen **Sozialfaschismus-Theorie** ausgeht, **die in der BSZ keinen Raum finden sollte,** und fordere die Genossen auf, dem Verfasser solche Begriffe samt dahinterstehenden falschen Ansätzen um die Ohren zu schlagen.

Zum Anreißen einige Fragen:

1. Zum Begriff reaktionär: Ist alles, was im Interesse des Kapitals geschieht, „reaktionär"? Gibt es nicht auch „progressive" kapitalistische Anpassungsreformen und Stabilisierungsstrategien?

2. Ist die SPD-Regierung „reaktionär"? Beruht ihre Politik der Lohnleitlinien, Konzertierten Aktion etc. auf einem mit dem Kapital geschlossenen „Bund", einer Verschwörung gegen die Arbeiterklasse?

   Staatsinterventionismus à la Keynes gehört doch wohl zum „progressivsten" kapitalistischen Instrumentarium. **Und daß die SPD in der Regierung die Verwertungsbedingungen des Kapitals garantieren muß, ist doch wohl in der notwendigerweise kapitalistischen Funktion des Staates im Kapitalismus begründet, die auch die SPD nicht zugunsten der Arbeiterklasse aufheben könnte, und nicht in irgendwelchen subjektiven „Bündnissen" mit dem Kapital.** Mit dem „reaktionären Dreibund" bewegt sich der Verfasser des Artikels auf demselben Niveau wie die Revisionisten, wenn sie an den guten Willen der Regierung appellieren.

3. Ist die Bremser-Strategie der Gewerkschaftsspitzen aus persönlicher Unfähigkeit, aus „zu engen Verbindungen zu Kapitalisten" zu erklären?

Natürlich spielen Eigeninteressen von Funktionären in jedem Apparat eine Rolle. Aber die Gewerkschaftspolitik ist doch nicht nur wegen der Rücksichtnahme von Spitzenfunktionären auf die Bedrängnis der SPD in der Wirtschaftspolitik gehandicapt, **sondern vielmehr schon wegen des generellen Fehlens einer Konzeption für harte ökonomische Kämpfe, die verbunden sein müßte mit einer Strategie für eventuell dadurch verschärfte ökonomisch-politische Krisenlagen.** Der Rückgriff auf radikalere Forderungen und Kampfbereitschaft der Kollegen macht diesen Mangel an Strategie in der gesamten Gewerkschaft nicht wett und schafft einen pauschalen Gegensatz zu sämtlichen „Funktionären".

Die Kollegen brauchen andere Gewerkschaften? Sicher, aber sind sie nicht auch selbst die Gewerkschaften?

R. Zimmermann, SHB

KONTAKTSPIEL

TEILNEHMER

Vorname, Name _____ 1 — 20

Postleitzahl **Wohnort** _____ 25 — 38

Straße, Hausnummer _____ 39 — 54

Telefon _____ 55 — 62

Die angegebene Adresse ist **nur Kontaktadresse?*** (0 = nein, 1 = ja) _____ 63

Geschlecht (1 = weiblich, 2 = männlich) _____ 64

Suchst Du einen heterosexuellen (= 1) oder einen homosexuellen Partner (= 2)? _____

Alter: **Jahre. Das Alter Deines Partners sollte zwischen** **und** **Jahren liegen.**

Größe: **cm. Die Größe Deines Partners sollte zwischen** **und** **cm liegen.**

* Falls Du nicht Deine eigene Adresse angeben willst, so kannst Du auch eine andere angeben, unter der Du zu erreichen bist (Freund[-in], Postfach usw.).

Seid ihr noch frei?

. . . dann aber nicht ganz freiwillig! Vielleicht nur aus angeblicher Faulheit, Mangel an Gelegenheit, Arbeitsüberlastung, Kontakt- und Kommunikationsschwierigkeiten? Macht doch einfach mit beim GROSSEN KONTAKT-SPIEL an der RUB. Wenn Ihr trotz des Bochumer Universitäts-Gettos noch ein wenig Humor bewahrt und keine Angst vor kleinen Überraschungen habt, so zückt unverzüglich Euren Kuli und füllt den untenstehenden Fragebogen aus!

Bei diesem Kontaktspiel der Fachschaft Physik an der RUB gebt Ihr zu „kontaktspezifischen" Fragen Eure Antwort ab sowie die Erwartungen, die Ihr hierbei an Eure Partner stellt. Von unserem hierfür programmierten Computer werden nach diesen Angaben für jeden Teilnehmer zehn passende Partner ausgesucht. Es wird nicht nur ein Heidenspaß, wenn Tausende von Studenten(-innen) mit zehn Adressen herumlaufen und den Partner für's Leben oder für's Bett suchen, sondern dies ist gleichzeitig ein sehr ernstgemeinter und ernstzunehmender Beitrag zur Förderung der Kommunikation und zum Abbau von Kontakthindernissen hier im Frustrationsgetto RUB.

Wir sind uns dabei bewußt, daß ein solches SPIEL nicht die Fehler einer verkorksten Erziehung bzw. einer verbauten Universität verschwinden lassen kann; es kann aber einen — für viele wesentlichen — Beitrag leisten, sich ihre kontaktarme, allein leistungsorientierte Situation vor Augen zu führen und den Anstoß geben, kontaktfreudiger und damit menschlicher zu werden.

Wir wissen, daß der Fragebogen nicht psychologisch und soziologisch bis ins letzte ausgefeilt ist, er ist eher eine oberflächlichere Behandlung dieses Problemkreises; trotzdem wird er hoffentlich Euch allen zu viel Spaß und einem oder mehreren Partnern verhelfen!

P. S.: ● Die Veranstalter — die Fachschaft Physik — haben sich notariell verpflichtet, nicht die Rosinen aus dem Kuchen zu picken, d. h. nicht die besten Adressen für sich selbst aus dem Spiel herauszunehmen.

Gewissenhaft ausfüllen!

	A: *Deine eigene Antwort (was auf Dich zutrifft)*		B: *Die Antwort, die Dein Partner auf diese Frage geben sollte. (Kategorien wie bei A)*		C: *Die Bedeutung, daß Dein Partner bei dieser Frage B erfüllt (1: Übereinst. völlig egal, 5: Übereinst. sehr wichtig)*	
1. **Figur**	*sehr schlank*	1 2 3 4 5	*dick*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	1
2. **Haarfarbe**	*hellblond*	1 2 3 4 5	*schwarz*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	4
3. **Frisur**	*sehr kurz*	1 2 3 4 5	*sehr lang*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	7
4. **Besitzt Du eine sturmfreie Bude?**	*Kann in meiner Bude machen was ich will*	1 2 3 4 5	*kann das nicht*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	10
5. **Besitzt Du ein Auto?**	*nie*	1 2 3 4 5	*dauernd*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	13
6. **Bist Du ein Tag- oder ein Nacht-Mensch?**	*Tagmensch*	1 2 3 4 5	*Nachtmensch*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	16
7. **Bist Du ein Ordnungsfanatiker oder nie zu faul zu suchen (= unordentlich)?**	*Ordnungsfanatiker*	1 2 3 4 5	*eher unordentlich*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	19
8. **Rauchst Du?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*stark*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	22
9. **Trinkst Du Alkohol so gut wie nie oder sobald sich die Gelegenheit nur bietet?**	*eher nie*	1 2 3 4 5	*eher immer*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	25
10. **Sonstige Rauschmittel?**	*unbekannt*	1 2 3 4 5	*süchtig*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	28
11. **Bist Du emanzipiert?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*vollständig*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	31
12. **Bist Du sensibel?**	*dickhäutig*	1 2 3 4 5	*empfindlich*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	34
13. **Bist Du gesellig?**	*Stubenhocker*	1 2 3 4 5	*auf jeder Fête*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	37
14. **Bist Du mehr ernst oder heiter?**	*ernst*	1 2 3 4 5	*heiter*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	40
15. **Würdest Du Dich als aufgeschlossen (extravertiert) oder verschlossen (introvertiert) bezeichnen?**	*aufgeschlossen*	1 2 3 4 5	*verschlossen*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	43
16. **Fällst Du Entscheidungen eher rational oder emotional?**	*rational*	1 2 3 4 5	*emotional*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	46
17. **Kannst Du Deine Gefühle zeigen?**	*nie*	1 2 3 4 5	*stets*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	49
18. **Ist Dir Sex wichtig?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	52
19. **Bist Du sexuell eher aktiv oder passiv?**	*aktiv*	1 2 3 4 5	*passiv*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	55
20. **Bist Du diskussionsfreudig?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	58
21. **Kannst Du Dich durchsetzen?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*stets*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	61
22. **Nimmst Du Dein Studium (bzw. Beruf) gar nicht oder sehr wichtig?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	64
23. **Bist Du politisch interessiert:**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	67
24. **Politische Richtung?**	*extrem links*	1 2 3 4 5	*extrem rechts*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	70
25. **Bist Du politisch aktiv?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	73
26. **Legst Du Wert auf Deine äußere Erscheinung?**	*keinen*	1 2 3 4 5	*sehr großen*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	1
27. **Legst Du Wert auf Konventionen?**	*keinen*	1 2 3 4 5	*sehr großen*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	4
28. **Bist Du interessiert an klassischer Musik?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	7
29. **Bist Du interessiert an Pop-Musik?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	10
30. **Bist Du interessiert an Tanzen?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	13
31. **Bist Du interessiert an Sport?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	16
32. **Bist Du interessiert an Kino?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	19
33. **Bist Du interessiert an Theater?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	22
34. **Bist Du interessiert an Literatur?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	25
35. **Bist Du interessiert an bildender Kunst?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	28
36. **Bist Du interessiert an Psychologie?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	31
37. **Bist Du interessiert an Technik?**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	34
38. **Bist Du interessiert an Sonstigem? (bitte Gebiet angeben)**	*gar nicht*	1 2 3 4 5	*sehr*	1 2 3 4 5	1 2 3 4 5	37

Da bei diesem Kontaktspiel ein repräsentativ bedeutender Teil der RUB-Studenten(-innen) mitspielt, soll diese Gelegenheit genutzt werden, über die folgenden Fragen die studentische Meinung zu einigen Problemen studentischer Politik zu ermitteln.
Im Anschluß an das Kontaktspiel bitten wir Euch daher um die Beantwortung der folgenden Fragen, die ausschließlich statistischen Zwecken dienen und nicht in die Kriterien der Partnerauswahl eingehen; die Antworten auf diese Fragen werden auch nicht einzeln, sondern nur summiert vom Computer abgerufen!
Füllt bitte diesen Anhang aus, Ihr tragt damit dazu bei, einige studentische Probleme zu durchleuchten und zu verbessern.

(ZUTREFFENDES BITTE DEUTLICH UNTERSTREICHEN)

1. **Hältst Du die Atmosphäre an dieser Universität für steril, unpersönlich usw.?** ja / nein 61
2. **Liest Du die BSZ?** ja / nein 62
3. **Hast Du genügend Arbeitskontakte für Dein Studium?** ja / nein 63
4. **Bist Du Fahrstudent?** ja / nein 64
5. **Hältst Du die Abgrenzung der linken Hochschulgruppen untereinander für sinnvoll?** ja / nein 65
6. **Siehst Du die Notwendigkeit von politischer Arbeit in politischen Hochschulgruppen?** ja / nein 66
7. **Bist Du grundsätzlich bereit, in einer politischen Hochschulgruppe mitzuwirken?** ja / nein 67
8. **Glaubst Du,**
   a) **daß Du der Verschulung des Studiums hilflos ausgeliefert bist?** ja / nein 68
   b) **daß AStA, Fachschaften und politische Hochschulgruppen diese Verschulung abschwächen können?** ja / nein 69
   c) **daß AStA, Fachschaften und politische Hochschulgruppen sie verhindern können?** ja / nein 70
9. **Hast Du von der vom AStA angebotenen Rechts- (Mietsachen, Kriegsdienstverweigerung, Numerus Clausus etc.) und Sozialberatung (Pillenärzte, Stipendien, Kontaktschwierigkeiten etc.) bereits Gebrauch gemacht?** keinmal — einmal — zwei- bis dreimal — noch öfter 71
10. **Sollten der AStA und die Fachschaften als Interessenvertretungen der Studierenden in ihrer rechtlichen Form erhalten bleiben?** ja / nein 72
11. **Meinst Du, daß der AStA Dich zur Zeit** verständlich — zu polemisch — lückenhaft — zu sehr nur auf studentische Interessen bezogen — zu einseitig — zu spät — keine Meinung **informiert?** (Mehrere Unterstreichungen möglich!) 73
12. **Hältst Du die Maßnahmen im Rahmen der Hochschulreform** (Hochschulrahmengesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Graduiertenförderungsgesetz) **für Deinen Interessen widersprechend / Deinen Interessen entsprechend / keine Meinung?** 75
13. **Befürwortest Du die Kontakt-Fête?** ja / nein 75

Revolutionäre Veränderungen an der RUB: Vor . . .

● Es kann leider keine Erfolgsgarantie gegeben werden, daß die ausgewählten Partner auch zu Euch passen bzw. überhaupt etwas von Euch wissen wollen.

● **Es wird ebensowenig gehaftet für eventuelle finanzielle, moralische oder sonstige Schäden, die für einzelne Teilnehmer aus diesem Spiel entstehen.**

● Allerdings verlangen wir bei jeder Verlobung oder Heirat die nach allgemeinen Eheanbahnungsinstitutstarifen gültige Vermittlungsprovision.

Verantwortlich für den Fragebogen und die Durchführung des Kontaktspiels: Fachschaft Physik an der RUB.

SPIELREGELN

● **Teilnahmeberechtigt sind alle, die an diesem Spiel und mit 10 Adressen ihren Spaß haben wollen.**

● Jeder darf sich nur mit einem Fragebogen am Kontaktspiel beteiligen, sonst wird er disqualifiziert und rausgeschmissen.

● **Der ganze Fragebogen (der gesamte stark umrandete Kasten) muß ausgefüllt werden; schickt die ausgeschnittenen Fragebögen (als Brief mit 30 Pfennig Porto) an:**

Fachschaft Physik
Ruhr-Universität Bochum
4630 Bochum
Postfach 2148

● Alle Antworten werden selbstverständlich absolut vertraulich behandelt.

● **Einsendeschluß ist der 26. 12. 71 (Maos Geburtstag), damit Ihr auch alle noch zu Hause um Erlaubnis fragen könnt.** Für die Bearbeitung später eingehender Briefe können wir nicht mehr garantieren.

● Vergeßt bitte auf keinen Fall, eine 30-Pfennig-Briefmarke für unser Antwortschreiben beizufügen!

● Unser Computer vergleicht Eure Angaben mit dem gesamten Angebot und ermittelt so die 10 (hoffentlich) am besten zu Euch passenden Partner(-innen).

● Diese 10 Adressen werden Euch zugeschickt, wobei jede einzelne mit einer „Rang"-Zahl versehen ist, die den Prozentsatz der Übereinstimmung dieses Partners mit Euch angibt.

● **Die Zusendung der Adressen erfolgt Mitte Januar 1972.**

● Außerdem wird Ende Januar 1972 eine **KONTAKT-FETE** stattfinden, zu der alle Teilnehmer des Kontaktspiels eingeladen sind.

Und nun viel Spaß und viel Glück — wir drücken Euch sämtliche Daumen.

Die Fachschaft Physik in Zusammenarbeit mit dem Studienbüro, dem AStA und den Fachschaften der RUB.

HINWEISE ZUM AUSFÜLLEN AUF SEITE 8 ! ! !

WICHTIG!

● **Lest vor dem Ausfüllen des Fragebogens die Hinweise zum Ausfüllen durch.**
● **Füllt unbedingt alle drei Teile des Fragebogens aus (den gesamten dickumrandeten Kasten)**
● **Schreibt Eure Adresse in Blockbuchstaben**
● **Letzter Einsendetermin des Fragebogens ist der 26. Dezember 1971**
● **Legt eine 30-Pfennig-Briefmarke bei**
● **Bereitet Euch seelisch und körperlich darauf vor, mit zehn Männern bzw. Frauen fertig zu werden**
● **Die Zusendung der Adressen erfolgt Mitte Januar '72**

Verantwortlich für diese Seite:
Erich Eisel, SHB

In der nächsten BSZ:
● Studienbüro

. . . und nach dem Kontaktspiel!!!

Streik im Fremdspracheninstitut

Am vergangenen Donnerstag sind die Mitarbeiter des Fremdspracheninstituts (FI) in einen einwöchigen Streik getreten. Damit protestiert das FI gegen die ständigen Versuche konservativer Kreise der RUB, das FI lahmzulegen, die durch die Entscheidung des Senats vom 18. 11. 71 ihren — vorläufigen — Höhepunkt erreicht haben: einer der Mitbegründer des FI, Denninghaus, wurde als Hochschullehrer abgelehnt.

VW-Projekt

Damit dürften kaum noch Chancen für die 3-Millionen-Finanzierung des Aufbaus des FI durch die Stiftung Volkswagenwerk bestehen. Mit diesem Geld sollte bis 1974 die grundlegende Erneuerung der völlig veralterten Formen der Fremdsprachenlehrerausbildung betrieben werden, und zwar nicht nach den technokratischen Vorstellungen des Wissenschaftsrates, sondern unter aktiver Mitgestaltung von Organisation und Inhalt des Studiums durch die Studierenden; eine weitere Aufgabe des FI besteht in der Entwicklung und Durchführung von Sprachkursen für Hörer aller Abteilungen.

Insgesamt also ein Modell, das — bei entsprechender inhaltlicher Führung — der Ruhr-Universität durchaus zur Ehre gereichen könnte, zumal das FI das einzige Institut seiner Art in der Bundesrepublik ist. Dementsprechend schmückt sich auch die RUB mit progressiven Federn; Rektor Faillard pries häufig die Fortschrittlichkeit der RUB auf diesem Gebiet.

Anspruch und Wirklichkeit

Die Praxis jedoch sieht anders aus. Zwar weisen alle mit dem FI befaßten „Instanzen" — Rektorat, Senat, Fakultät der Abteilung V — immer wieder darauf hin, daß sie die Institution Fremdspracheninstitut aufs wärmste begrüßen.

Doch dieses FI, das eine progressive Reform der Lehrerausbildung anstrebt, die sich nicht den Herrschafts- und Verwertungsinteressen des Kapitals unterwirft, dieses FI, in dem überwiegend progressive Lehrkräfte arbeiten und das im UP gegen den Willen der Hochschullehrer eine Satzung durchsetze, die die Rechte der Hochschullehrer zugunsten von Studenten, Assistenten und nichtwissenschaftlichem Personal beschnitt, mußte zwangsläufig den Widerstand der Reaktionäre hervorrufen.

— Die **Satzung des FI,** die an sich nicht in den Kompetenzbereich des reaktionären Machtzentrums Senat fällt, wird im Augenblick sowohl im Rektorat wie auch im Senat „überprüft" mit dem offensichtlichen Ziel, die politische Ablehnung der Satzung in „Rechtsbedenken" zu kleiden und dadurch die Satzung zu Fall zu bringen. Unterstützt werden Senat und Rektorat hier vom Wissenschaftsministerium, das der Errichtung der Zentralen Einrichtung Fremdspracheninstitut nur unter der Bedingung der Vorlage — und damit Überprüfung — der Satzung zustimmen will.

— **Durch die Personalpolitik des Senats** wurde der Arbeitsbeginn an den VW-Projekten erheblich verzögert. Die VW-Stiftung hatte zur Auflage gemacht, daß die Mittel für die vier Forschungsprojekte des FI (Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch) erst dann freigegeben werden sollten, wenn für die Projekte die entsprechende fachlich differenzierte Leitung gewährleistet sei. Anstatt jedoch die Besetzung der für die Leitung vorgesehenen H3-Stellen voranzutreiben — die Besetzungskommission hatte ihre Arbeit bereits im Juni abgeschlossen — wies der Senat im Juli alle 3 Besetzungsvorschläge zurück und erteilte stattdessen den Auftrag, zunächst einmal für die Besetzung der H4-Stelle zu sorgen: Durch die schnelle Berufung eines ordentlichen Professors sollte bewirkt werden, daß professorale Machtstrukturen auch im FI verankert würden.

Qualifikationsfragen?

Am 30. 9. bequemte sich der Senat, zumindest zwei der Besetzungsvorschläge für die H3-Stellen (Bausch und Bonnekamp) positiv zu entscheiden. Die Entscheidung über den dritten Bewerber, Denninghaus, wurde erneut vertagt, weil die Hochschullehrer der Abteilung V sich nicht mehrheitlich für Denninghaus ausgesprochen hatten — eine Voraussetzung, die rechtlich mehr als zweifelhaft ist.

Am 18. 11. fällte dann der Senat seine Entscheidung über Denninghaus: Mit 3 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 10 (!) Enthaltungen stimmte der Senat gegen Denninghaus, obwohl

— der für die Stellenvorschläge eingesetzte Senatsausschuß mit 9 Ja-, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung Denninghaus als einzig möglichen Kandidaten empfohlen hatte,

— dem Senat insgesamt sechs positive Gutachten auswärtiger Hochschullehrer vorlagen,

— die Hochschullehrer der Abteilung für Philologie sich mit Mehrheit für Denninghaus ausgesprochen hatten (16:12:3 Stimmen),

— in der Argumentation des Senats, soweit sie überhaupt geführt wurde, die Einwände eines von zwei Professoren unterschriebenen Sondervotums alle widerlegt wurden.

Broich, Dekan der Abteilung für Philologie, Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Mitbegründer der Dozentenschaft der Ruhr-Universität Bochum, hatte die Stirn, gegen das Votum der Mehrheit der Hochschullehrer seiner Abteilung zu argumentieren und zu votieren.

Die Ablehnung von Denninghaus durch den Senat ist eine eindeutig politische Entscheidung. Die Rechnung der Reaktionäre ist mit Hilfe des Senats wieder einmal aufgegangen.

Die 3 Millionen Aufbau- und Forschungsmittel werden nicht freigegeben, weil die Bedingung — eine fachlich differenzierte Leitung der Projekte — mit der Ablehnung des dritten Bewerbers (Fachgebiete: Russisch und Englisch) nicht gegeben ist.

Damit ist dieses Projekt des Zentralen Fremdspracheninstituts vorerst baden gegangen.

Aus Protest gegen eine solche Politik sind die Mitarbeiter des FI in den Streik getreten. Die Forderungen des FI werden vom AStA und Assistentenschaft unterstützt.

— **Der Senat, jeder einzelne Dekan (insbesondere Broich) und das Rektorat müssen zur Verzögerungs- und Sabotagetaktik in Sachen Zentrales Fremdspracheninstitut öffentlich Stellung nehmen!**

— **Der Senat muß seine Entscheidung revidieren!**

— **Wenn die VW-Stellen gestrichen werden, muß die Uni sie zur Verfügung stellen!**

— **Der zügige Aufbau eines progressiven Zentralen Fremdspracheninstituts muß sichergestellt werden.**

Mecker-Ecke

Zum Parkplatzproblem

Je mehr Autos die RUB heimsuchen, desto länger wird zwangsläufig der durchschnittliche Weg vom Parkplatz zum Arbeitsplatz. Es ist unmöglich, aus diesem circulus vitiosus auszubrechen. Der Bau von Parkhäusern könnte Abhilfe schaffen, aber das Geld sollte man lieber in den Bau von Wohnheimen stekken.

Sicher wäre der Nulltarif ein Anreiz, mit Bundesbahn und Bogestra zu fahren, aber nicht, wenn man zweimal umsteigen muß. Deshalb müßten, unter Ausnutzung der vorhandenen Autobahnen und Schnellstraßen, zusätzliche Buslinien geschaffen werden, die direkt an die RUB heranführen, z. B. Bottrop—Gelsenkirchen—RUB, Recklinghausen—Herne—RUB, Hagen—Witten—RUB usw.

Theaterkarten

Warum wurde der Preis für Studentenkarten im Bochumer Schauspielhaus zu diesem Semester um **100 Prozent** erhöht? (Früher 2,—/ jetzt 4,—)

!!!

Gesucht

RUB-Studentin

Vorname: Winni
geb. 15. 2. 1953
wohnhaft in Essen,
sie spricht Englisch
Gestalt: schlank
Augenfarbe: braun
Haare: hellblond
Gesundheitszustand: sehr gut

Meldung dringenst erbeten an BSZ (Nr. 27)

Politische Erpressung

In der letzten BSZ wurde über die katastrophalen Zustände in der Abteilung Elektrotechnik berichtet („Die heile Welt . . .). Ergänzend dazu ein Flugblatt der Assistentenschaft der Abteilung, das wir hier abdrucken.

„In der Abt. für Elektrotechnik wurde eine Habilitation gegen vier positive Gutachten abgelehnt — ganz offensichtlich aus hochschulpolitischen Gründen!

Wie konnte es zu diesem Skandal kommen? Herr Mildenberger hatte vor zwei Jahren als Assistentenvertreter der Abt. Elektrotechnik das Universitätsparlament darauf aufmerksam gemacht, daß seine Abteilung einen nicht genehmigten numerus clausus durchführe. Dieses Verhalten legte der damalige Dekan, Prof. Depenbrock, ihm als „abteilungsschädigend" zur Last.

Ein Jahr später stellte Mildenberger den Antrag auf Eröffnung des Habilitationsverfahrens. **Am Abend vor der Abstimmung hierüber in der Fakultät, forderte Herr Depenbrock von Herrn Mildenberger eine Unterschrift unter Essentials der Hochschullehrer zur Abteilungssatzung.** Herr Mildenberger fühlte sich unter Druck gesetzt, erbat Bedenkzeit und berichtet seinem Chef, Prof. Fettweis, der sich über das Ansinnen seines Kollegen bestürzt zeigte. Herr Mildenberger unterschrieb nicht, weil er sich für seine Zukunft als Hochschullehrer seine Entscheidungsfreiheit bewahren wollte.

Es gelang Herrn Depenbrock, sich von der Fakultät mit dem Einholen der Fachgutachten beauftragen zu lassen, obwohl er nicht Fachmann auf dem Gebiet der Habiliation von Herrn Mildenberger ist. Seine Voreingenommenheit gegen Herrn Mildenberger fand schon in dem Schreiben Ausdruck, mit dem er die Gutachten anforderte.

U. a. wies er die Gutachter ausdrücklich darauf hin zu prüfen, ob derjenige Paragraph der Habilitations-Ordnung erfüllt sei, welcher ausreichende Unterschiede von Dissertation und Habilitation verlangt. Prompt befanden zwei der Gutachter, obwohl sie in der Sache selbst zu positiven Urteilen gelangten, es sei unsicher, ob sich die Themen der Habilitation und der Dissertation deutlich genug voneinander unterscheiden.

Gegen die Mehrheit

Verdächtig ist weiter, daß **nicht — wie bisher üblich — drei Gutachten, sondern zum ersten Male fünf eingeholt wurden.** Von diesen fielen vier positiv aus, das negative gilt bei Fachleuten als unqualifiziert.

Wie konnte die Fakultät gegen vier positive Gutachten eine negative Entscheidung treffen? Der Habilitand muß nach der Habilitations-Ordnung der Abt. Elektrotechnik eine **Zweidrittelmehrheit** in der „inneren Fakultät" finden.

Somit konnte die Minderheit um Depenbrock sich gegen die Mehrheit durchsetzen. — Hinzu kommt, daß einige Hochschullehrer sich der Stimme enthielten, wohl weil sie eine Auseinandersetzung mit den Kollegen scheuten.

Im Laufe des Verfahrens (es dauert nun schon ein Jahr) hatte die Fakultät versucht, Herrn Mildenberger auf dem internen Weg, ohne endgültigen Bescheid über seine Habilitation, von seiner Habilitationsabsicht abzubringen. Als darauf Herr Mildenberger eine verbindliche Entscheidung unter Kontrolle durch Rektor und Assistentenvertreter verlangte, wurde **die Beteiligung von Assistenten abgelehnt,** und der Rektor weigerte sich, von Herrn Mildenberger schriftlich geäußerte Zweifel an der Sachlichkeit des Verfahrens zu prüfen. Herr Mildenberger erhielt den endgültigen, ablehnenden Bescheid, bei einigen Mitgliedern der Fakultät bestünden noch immer Zweifel an ausreichendem Unterschied zwischen Promotions- und Habilitationsleistung.

Zur Habilitation Mildenberger stellt der Vorstand der Assistentenschaft fest:

- **Aus hochschulpolitischen Gesichtspunkten wird eine Habilitation verweigert.**
- **Beim Einholen der Gutachten wurde zum Schaden von Herrn Mildenberger manipuliert.**
- **Die Nichtbeteiligung von Assistenten widerspricht sogar dem Hochschulgesetz.**

Der Vorstand der Assistentenschaft fordert den Rektor auf, die Rechtmäßigkeit dieses skandalösen Habiliationsverfahrens zu überprüfen!

Vorstand der Assistentenschaft

PS. Herr Mildenberger hat in der letzten BSZ vom 18. 11. 1971 in einem Interview ausführlich zu seinem Habilitationsverfahren Stellung genommen.

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße 156
hinter der alten Mensa

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Also sprachen die Papiertiger

„Der Erfinger der Soziologie heißt H. C. de Saint Simon." (Soziologie-Ordaniarius der Abteilung 8 **Kesting)**

☆

„Bolschewismus ist die Soziologie des Ostens." (Ebender)

„Die Kläger gehören einer Gruppe an, deren Ziel es ist, diese Gesellschaft restlos und **grundlos** zu zerstören." **(Bottke,** Anwalt von Papalekas und Co. über den Fachschaftsrat SoWi)

☆

„Hier wird immer so viel von der Macht des Kapitals geredet. Im Universitätsparlament kommt es viel mehr darauf an, **Vertrauenskapital zu akkumulieren."** (UP-Kandidat an der Abt. 8 **Helmke)**

Sammelt mit für die BSZ!

Ostasien ist anders

Fortsetzung von Seite 4

schon im Ansatz unterdrückt werden soll.

Die vom rechten Mittelbau ins UP geschickten Herren Eikemeier und Greiner vermochten bei der Kandidatenvorstellung auf Befragen keine Repression in diesem Fall zu sehen. Zielstrebig arbeitet man darauf hin, die Abteilung langfristig zu einem sogenannten „Forschungsinstitut" ohne Studenten umzuwandeln. Wen wundert es daher, daß studentische Interessen nicht berücksichtigt werden?

Der Engpaß in der Sprachausbildung dagegen könnte leicht beseitigt werden, wenn die vorhandenen Lektoren-Stellen tatsächlich mit dafür qualifizierten Leuten besetzt würden. Stattdessen sitzen auf einigen dieser Stellen wissenschaftliche Angestellte, die vorgeben zu forschen. Über die Qualität ihrer Forschung könnte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) Auskunft geben; sogar diese lehnte den beantragten „Sonderforschungsbereich" wegen unqualifizierter Projektvorschläge ab.

Die Fachschaft der AOW wird in dieser Situation diejenigen unterstützen, die in Forschung und Lehre tatsächlich systematisch arbeiten, so daß auch die Studenten davon profitieren — wie bei Cheng und Pasierbsky. **Während man uns Ideologisierung vorwirft, betreibt man unter dem Mäntelchen des Pragmatismus die politische Gleichschaltung auf die Interessen der rechten Einheitsfront hin. Wir werden es nicht hinnehmen und härtere Maßnahmen ergreifen, wenn durch den Rausschmiß dieser beiden Assistenten der erste gute Ansatz zu einer systematischen Sprachausbildung aus politischen Gründen zerstört wird!**

Au-weh, AOW!

Die nächste
Fachschaftsvertreterkonferenz
findet am
9. 12. um 18.00 Uhr
im „Haus der Freunde"
statt.

SHB — MV
montags 18.30 Uhr
GC 7/31

Club Liberitas
BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 1 67 35

		Nicht-mitgl.	Stud.
Sa., 4. 12. 71 20.00 Uhr	OBOLUS, Wuppertal politisch-literarisches Kabarett	4,—	2,50
Sa., 11. 12. 71 20.00 Uhr	DAVE TRAVIS, London Bluegrass, Blues, Ballads	4,—	2,50
Sa., 18. 12. 71 20.00 Uhr	WALTER-STRERATH-TRIO, Stuttgart Modern Jazz / Popp Jazz	4,—	2,50

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE
Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.

3x in Nähe der Uni
SPARKASSE
Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 70 10 15
SPARKASSE
Universität, Buscheystraße 132 Tel. 70 16 74
SPARKASSE
Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 7 39 72
- in Ihrer Nähe -

Fortsetzung des Kontaktspiels von Seite 7

Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens

— Die Angaben zur Person füllt bitte deutlich in Blockbuchstaben aus, sonst könnt Ihr Eure 10 Adressen nie kriegen. Tragt die Kennziffern (z. B. weiblich = 1) an der vorgesehen Stelle ein.

— Beachtet bitte, daß die Partner außerhalb der von Euch gewünschten Alters- und Größegrenzen viel schwächer berücksichtigt werden wenn's Euch nicht drauf ankommt, schreibt also ruhig z. B. 150-200 cm o. ä.!

— Im Hauptteil des Fragebogens müssen bei jeder Frage 3 Antworten gegeben werden (in Spalte A, B und C).

— In Spalte A tragt Ihr Eure eigene Antwort ein, **also das, was auf Euch selbst zutrifft.**

— In Spalte B tragt Ihr die Antwort ein, die Euer Partner auf diese Frage geben sollte, **also was Ihr von Eurem Partner erwartet.**

— Bei den Spalten A und B bestehen je 5 Antwortmöglichkeiten, die Werte 1 bis 5. Die Bedeutung der extremen Werte 1 und 5 ist jeweils durch ein Gegensatzpaar angegeben, Zwischenwerte bedeuten daher eine entsprechende Abstufung innerhalb der vorgesehenen Skala.

— Vermeidet nach Möglichkeit, bei 3 anzukreuzen, d. h. überlegt Euch genau, ob die Antwort ‚durchschnittlich' oder ‚in der Mitte' sein soll.

— In Spalte C tragt Ihr ein, wie wichtig es für Euch ist, daß Euer Partner die Erwartung der Spalte B genau erfüllt. 1 bedeutet, daß Euch die Antwort des Partners (bei Euch in B, bei ihm/ihr in A) völlig egal ist, 5 bedeutet, daß für Euch diese Übereinstimmung sehr wichtig ist; die Zwischenwerte sind entsprechende Differenzierungen.

Hierbei wird die Bedeutung der Fragen untereinander für Euch abgewogen. **Ihr könnt mit einer hohen oder niedrigen Zahl die für Euch persönlich wichtigen und weniger wichtigen Fragen kennzeichnen.**

— Tragt die Antworten in den Spalten A bis C dermaßen ein, daß Ihr Eure Antwort (z. B. die Zahl 2) **deutlich durchkreuzt oder umkringelt.**

— Beispiele: Ihr seid vollschlank (in Spalte A: 3), wünscht Euch einen sehr schlanken Partner (in Spalte B: 1), legt aber geringen Wert darauf, daß der Partner auch wirklich sehr schlank ist (in Spalte C: 2). **Bei der Partnerauswahl wird diese Frage dann nur untergeordnet beachtet.**

— Ihr habt schwarze Haare (in Spalte A: 5), seid aber wie der Teufel scharf darauf, auf jeden Fall einen hellblonden Partner kennenzulernen: (in Spalte B: 1; in Spalte C: 5). **Diese Frage spielt dann eine große Rolle bei der Partnerauswahl.**

— Wenn Ihr auf eine Frage keine Antwort geben könnt oder wollt (z. B. Wichtigkeit des Sex), kreuzt die am ehesten zutreffende Antwort an. Berücksichtigt hier bitte, daß das Freilassen der Antwort Eure Partnerzuteilung verfälscht.

— Der dritte Teil enthält Fragen zu studentischen Problemen und muß auch unbedingt beantwortet werden (entfällt nur bei Nicht-RUB-Studierenden). Dieser Teil steht jedoch mit dem Kontaktspiel selbst nicht in Verbindung und wird nur zu statistischen Zwecken unabhängig von den Daten und Antworten des 1. und 2. Teils ausgezählt.

Hier müssen nur die jeweils zutreffenden der vorgegebenen Antworten deutlich unterstrichen werden.

— Die Zahlen rechts am Rande dienen lediglich zur Erleichterung der Übertragung der Daten auf Lochkarten.

— Falls noch irgendwelche Unklarheiten wegen des Ausfüllens bestehen, fragt ruhig telefonisch an bei Fachschaft Physik (71 — 35 69) **oder AStA** (71 — 24 16).

Freiwilliger Unkostenbeitrag

Das Kontaktspiel wird durchgeführt von Mitgliedern der Fachschaft Physik: alle anfallenden Arbeiten werden freiwillig und ohne Entgelt gemacht.

Hier müßt Ihr berücksichtigen, daß außer der interessanteren Arbeit (z. B. Entwurf des Fragebogens und Programm für EDV-Anlage) sehr viel lästiger technischer Kleinkram anfällt: Übertragen der Antworten auf Lochkarten, Verschicken der Adressen-Briefe usw.

Es wäre daher mehr als eine nette Unterstützung, da schon kein Teilnehmerbeitrag erhoben wird, **wenn möglichst viele Teilnehmer diese technische Arbeit mit einer kleinen finanziellen Spende entlohnen.**

ÜBERWEIST DAHER BITTE EINEN FREIWILLLIGEN BETRAG, GLEICH WELCHER HÖHE, AUF DAS KONTO DER: FACHSCHAFT PHYSIK — STICHWORT KONTAKTSPIEL — WESTFALENBANK BOCHUM NUMMER 91 04 30

Falls hierbei viel Geld eingeht, kaufen wir auch für alle Teilnehmerinnen die Pille bzw. Babywäsche! (ganz nach Wunsch)

B S Z
Herausgeber und Verleger:
Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Hannes Sänger (SAG), Eva Adameit (SHB).
Redaktion: Bernd Holzrichter (REF), Harald Jung (SAG), Gabi Kirchner (SHB).
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60.
Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: s. Redaktion.
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12—16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.